

Das Magazin der GIZ

akzente

Politische Teilhabe

Demokratie und Entwicklung brauchen die aktive Teilhabe von mündigen Bürgern.

WEITERE THEMEN:

Drogentherapie: Fünf zentralasiatische Länder gehen neue Wege beim Umgang mit süchtigen Häftlingen.

Kenia: Milchziegen schaffen bessere Zukunftsperspektiven.

giz Deutsche Gesellschaft
für Internationale
Zusammenarbeit (GIZ) GmbH



Dorothee Hutter,
Leiterin Unternehmenskommunikation

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

„Wenn Politik ganz nahe kommt“ – unter dieser Überschrift bildet politische Teilhabe das Schwerpunktthema unseres ersten Heftes im Jahr 2012. Der Grundstein für eine funktionierende Demokratie ist der kontinuierliche Dialog zwischen Staat und Gesellschaft. Denn politische Partizipation geht weit über die Teilnahme an Wahlen hinaus. Partizipation stellt sicher, dass alle, auch benachteiligte Bevölkerungsgruppen, ihre Bedürfnisse geltend machen können und dass es zu einem fairen Austausch der unterschiedlichen Interessen kommt.

In der Rubrik „akzentuiert“ geben wir Ihnen einen Einblick in die vielfältigen Projekte, die die GIZ im Auftrag der Bundesregierung in diesem Kontext durchführt. Die politischen, soziokulturellen und regionalen Gegebenheiten der jeweiligen Partnerländer stellen höchst unterschiedliche Anknüpfungspunkte für die internationale Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung dar.

Informieren Sie sich beispielsweise über den gesellschaftlichen Wandel in Tunesien, der ein neues politisches (Selbst-)Bewusstsein hervorbrachte. Die Revolution in dem nordafrikanischen Land war der Anfang einer Reihe von Umschwung-Bewegungen in der arabischen Welt, die auch 2012 noch andauern. In einer ganz anderen Gegend der Erde, in Bolivien nämlich, prägten in den letzten Jahren indigene Bewegungen die politische Diskussion. Die GIZ hat dort die Aufgabe übernommen, Bürgerbeteiligung und Demokratisierung zu verbessern. Wie man die Zivilgesellschaft in Sambia unterstützt, erfahren Sie ebenfalls in diesem Artikel. Lesen Sie außerdem in unserem Magazin, wie Nachhaltigkeitsstandards in der thailändischen Palmölproduktion umgesetzt werden oder warum die GIZ seit 2010 an der gemeinnützigen sequa gGmbH beteiligt ist.

Dorothee Hutter



10 POLITISCHE TEILHABE. Demokratie und nachhaltige Entwicklung brauchen das Engagement der Bürger.



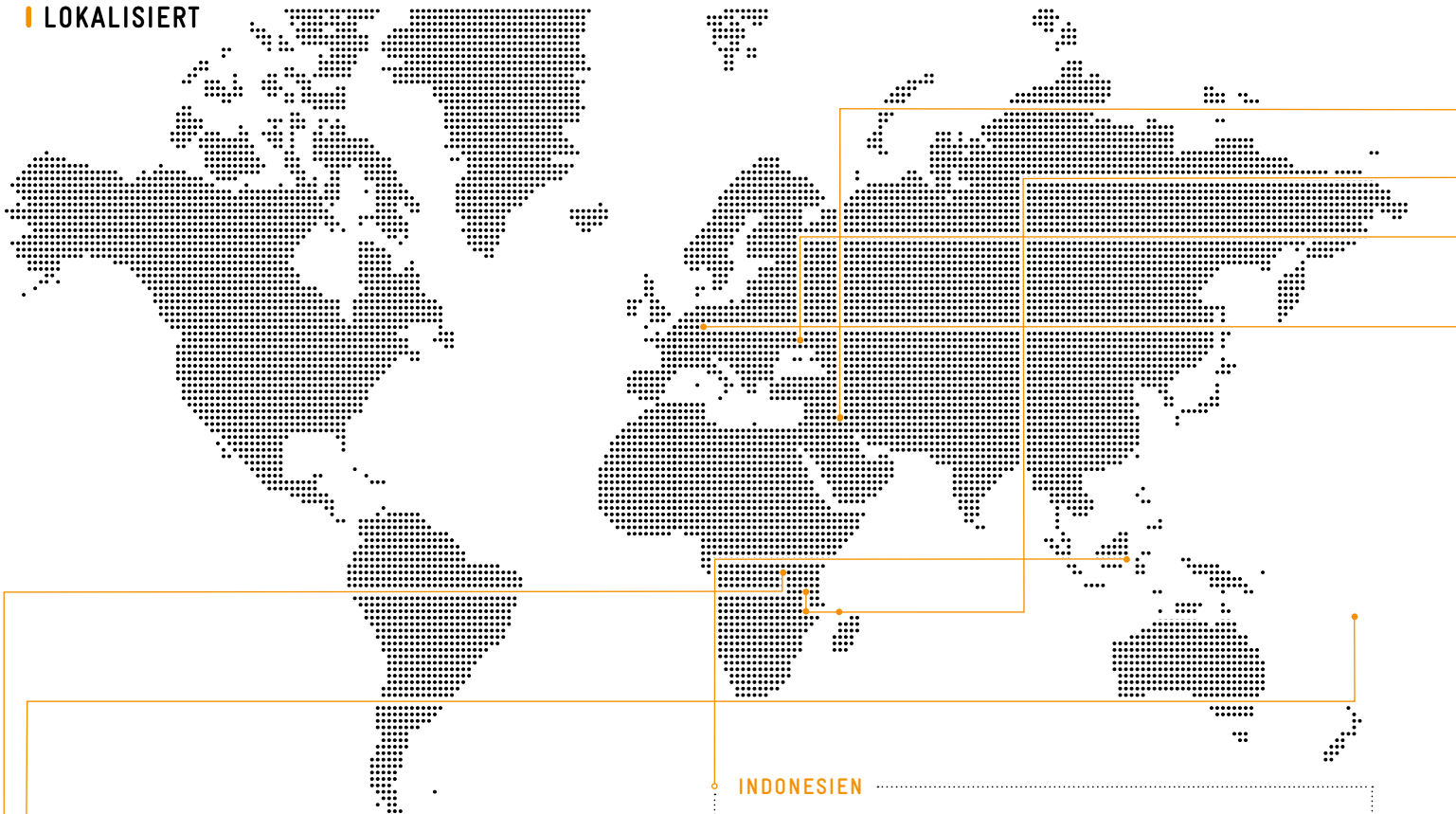
28 MIT GUTEM GEWISSEN. In Thailand produzieren Kleinbauern „sauberes“ Palmöl.



32 ZIEGEN IM FOKUS. In Kenia schaffen Milchziegen Perspektiven für viele Menschen.

TITELMOTIV: CORBIS/IRON CHAPPELLE

I LOKALISIERT	
Kurzmeldungen aus aller Welt	4
Projekte, Veranstaltungen und Initiativen	
I EXPONIERT	
Drogentherapie hinter Gittern	6
Experten aus Zentralasien besuchen polnische Gefängnisse.	
I AKZENTUIERT	
Politische Teilhabe	10
Demokratie und nachhaltige Entwicklung brauchen das Engagement der Bürger.	
I KOMMENTIERT	
„Am Gemeinwohl orientiert“	24
Frankfurts Oberbürgermeisterin Petra Roth über die Bedeutung politischer Teilhabe in der Kommunalpolitik	
I FOTOGRAFIERT	
Technologiestandort Japan	26
Junge deutsche Forscher sammeln Praxiserfahrung in Asien.	
I ENGAGIERT	
Mit gutem Gewissen	28
Thailändische Kleinbauern produzieren „sauberes“ Palmöl.	
Ziegen im Fokus	32
Milchziegen schaffen Zukunftsperspektiven für viele Menschen.	
Cajamarcas große Chance	36
Wie die Tarafrucht eine der ärmsten Regionen Perus voranbringt.	
I PORTRÄTIERT	
Besucht	40
Anna Friedemann besuchte Wolfgang Zimmermann in Zschortau.	
Fünf mal eins	41
GIZ-Mitarbeiter verraten, wofür sie sich einsetzen.	
I ERKLÄRT	
Wirtschafts-Know-how für Entwicklungsprojekte	42
Das Unternehmen sequa, an dem die GIZ beteiligt ist, bringt Privatwirtschaft und internationale Zusammenarbeit unter einen Hut.	
I SERVICE	
Literaturtipps	45
Neue Literatur aus aller Welt und Publikationen der GIZ	
Veranstaltung	46
Die Eschborner Fachtage 2012	
Vorschau	46
Autoren und Fotografen dieser Ausgabe, Impressum.....	
	47



FIDSCHI

GIZ-Büro auf Fidschi eröffnet

Neue Aufträge – neues Büro. Das gilt seit verganginem Jahr für die GIZ in Ozeanien. 2011 wurde im Auftrag des Bundesentwicklungsministeriums das Projekt Klimaanpassung auf zwölf Inselstaaten ausgeweitet. Außerdem setzt die GIZ in der Region nun ein vom Bundesumweltministerium finanziertes Programm zum Waldschutz um. Bis Mitte des Jahres wurden diese Projekte von Manila aus mitbetreut. Seit Ende November gibt es in Suva auf Fidschi eine Zweigstelle des GIZ-Büros Manila.

RUANDA

Frieden und Versöhnung schaffen

Der Zivile Friedensdienst (ZFD) unterstützt in vielen Ländern einheimische Partnerorganisationen dabei, Konflikten vorzubeugen, sie friedlich beizulegen und die Versöhnung nach gewaltsamen Auseinandersetzungen zu fördern. In Ruanda ist der ZFD, der vom Bundesentwicklungsministerium finanziert und von der GIZ mitgetragen wird, seit 2001 aktiv. Das zehnjährige Engagement wurde im November 2011 in Kigali gefeiert. Im Rahmen des Festprogramms stellten die lokalen Partnerorganisationen aktuelle Projekte vor – unter anderem ein Fußballprojekt und ein Friedensradioprogramm für Jugendliche. Die Arbeit mit jungen Menschen ist ein Tätigkeitsschwerpunkt des ZFD in Ruanda. Für sie und andere Zielgruppen bietet der Dienst und seine Partner Konfliktbearbeitung, Mediation und Traumaarbeit an, um den Genozid aufzuarbeiten und dauerhaft Frieden zu schaffen.

INDONESIEN

Die Wälder Indonesiens im Bild



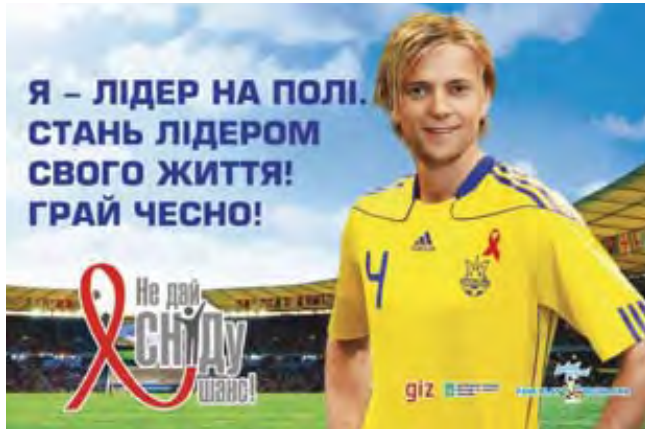
Stümpfe von Regenwaldriesen dienen auf Sumatra als Hausfundament.

Saftig grüne Bäume, so weit das Auge reicht – das ist das klassische Motiv bei einem Fotowettbewerb zum Thema Wald. Einen anderen Blickwinkel zeigen viele der 2.600 Bilder, die 2011 bei einem Online-Wettbewerb eingereicht wurden, den die GIZ anlässlich des Internationalen Jahres der Wälder der Vereinten Nationen in Indonesien ausgerufen hatte. So fotografierte einer der Gewinner, Amston Probel, Häuser in der Provinz Lampung (siehe oben). Die Bewohner der Region errichten sie auf Baumstümpfen, die bei der Rodung des Regenwalds stehengeblieben sind. So schützen sie sich und ihren Besitz vor wilden Elefanten. Die Gewinnerfotos wurden im Forstministerium in Jakarta ausgestellt und sind auch im Internet zu finden.

☞ <http://forclime-photocontest.com>

UKRAINE

Mit Fußball gegen HIV/Aids



Fußballstar Anatoli Timoschtschuk ist Botschafter des Fair-Play-Projekts.

„Ich übernehme Verantwortung auf dem Spielfeld, übernimm du Verantwortung in deinem Leben.“ Mit diesen Worten engagiert sich der ukrainische Fußballstar Anatoli Timoschtschuk als Botschafter beim Projekt „Mach mit! Fair Play“. Im Rahmen des Projekts werden Jugendliche auf Sportplätzen in der ganzen Ukraine über HIV-Infizierungswege aufgeklärt, lernen eine gesunde Lebensweise kennen und ein sportliches Miteinander zu pflegen. Mit den erlangten sozialen Fähigkeiten treten sie selbstbewusster Abhängigkeiten, gewalttätigem Umgang mit und Diskriminierung von HIV-positiven Menschen entgegen. Das vom BMZ finanzierte Fair-Play-Projekt basiert auf den Erfahrungen der GIZ bei der Jugendförderung durch Fußball – bereits ein Riesenerfolg während der Fußballweltmeisterschaft in Südafrika.

DEUTSCHLAND

Nachhaltigkeitskodex vorgestellt

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung, dessen Geschäftsstelle in Berlin im Auftrag der Bundesregierung von der GIZ betreut wird, hat im Herbst 2011 einen Nachhaltigkeitskodex für Unternehmen und Organisationen vorgelegt. Anhand von 20 Kriterien aus den Bereichen Ökologie, Soziales und Unternehmensführung definiert dieser neue Standard nachhaltiges Wirtschaften und macht mit ausgewählten Indikatoren die vergleichende Darstellung unternehmerischer Nachhaltigkeitsleistungen möglich. Unternehmen und Organisationen können eine Entsprechenserklärung zum Kodex abgeben und so ihre Nachhaltigkeitsbemühungen öffentlich machen.

www.nachhaltigkeitsrat.de

MOSAMBIK, TANSANIA, KOMOREN

Klare Grenzen vermeiden Konflikte

Auf dem afrikanischen Kontinent sind bis heute nur etwa ein Drittel der Landesgrenzen und noch weniger Seegrenzen vertraglich definiert und gekennzeichnet. Diese Situation bildet seit Jahrzehnten einen Nährboden für Konflikte. Deshalb unterstützt Deutschland die Afrikanische Union bei der Grenzfestlegung. Der jüngste Erfolg: Am 5. Dezember 2011 unterzeichneten Mosambiks Präsident Guebuza, Tansanias Premierminister Pinda und der komorische Präsident Dhoinine ein Abkommen über die gemeinsamen Seegrenzen. Deren Kennzeichnung ist besonders wichtig, um Streit über die kürzlich entdeckten Öl- und Gasvorkommen vor den Küsten von Mosambik und Tansania zu vermeiden und Rechtssicherheit für deren Nutzung zu schaffen. Die GIZ setzt das Programm „Grenzmanagement in Afrika“ im Auftrag des Auswärtigen Amtes um.

IRAK

Neue Strukturen für die Wirtschaft

Die Bundesregierung fördert den Wiederaufbau im Irak. Für das Bundesentwicklungsministerium ist die GIZ deshalb seit 2011 mit dem Offenen Beratungsfonds Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung in dem Land engagiert. Vier Bereiche stehen im Fokus der auf drei Jahre angelegten Arbeit: Wirtschafts- und Finanzsystementwicklung, Reform der Berufsbildung sowie Beschäftigungsförderung und Aufbau von Entwicklungspartnerschaften. Eine der ersten Aktivitäten war ein Dialogforum mit der Irakischen Zentralbank und der Deutschen Bundesbank, bei dem es um Geldpolitik, Bankenaufsicht und Berufsbildung im Bankensektor ging. Der Beratungsfonds ist nicht das einzige GIZ-Projekt im Land: Im Auftrag des Auswärtigen Amtes ist die GIZ im Nordirak in der Berufsbildung tätig.



www.giz.de/aktuell

DROGENTHERAPIE HINTER GITTERN

Die EU unterstützt fünf zentralasiatische Länder bei der Prävention und Behandlung von Drogenabhängigkeit. Ein wichtiger Aspekt: der Umgang mit drogensüchtigen Häftlingen. Polen setzt dabei Maßstäbe und war Ziel einer Studienreise einer Delegation aus Zentralasien.

Text Bernd Kubisch



Im kleinen Saal des Frauengefängnisses von Lubliniec (Lublinitz), Polen, hat Gefängnischefin Lidia Olejnik Tee, Kaffee und Kuchen servieren lassen. Der Anlass: Sie und ihr Mitarbeiter empfangen heute eine fünfzehnköpfige Delegation aus Kirgisistan, Kasachstan, Turkmenistan, Tadschikistan und Usbekistan. Die Besucher wollen sich vor Ort über den Umgang mit drogenabhängigen Häftlingen informieren, der in Lubliniec und anderen polnischen Strafvollzugsanstalten praktiziert wird. Polen hat schon länger therapeutische Einrichtungen für Drogen- und Alkoholabhängige in den Strafvollzug integriert, die als Modell für ehemalige Republiken der Sowjetunion dienen.

„Die Studienreise gehört zum von der EU finanzierten Drogenaktionsprogramm Zentralasien. In seinem Rahmen bekommen die zentralasiatischen Staaten Unterstützung bei der Prävention und Behandlung von Drogenabhängigkeit“, erklärt GIZ-Mitarbeiter Ingo Ilja Michels, der früher die Geschäftsstelle der Drogenbeauftragten der Bundesregierung leitete und heute Projektleiter der fünften Phase des Aktionsprogramms ist. „Auf ihrer Reise besuchen die Teilnehmer sechs polnische Strafvollzugsanstalten. Sinn der Sache ist es, dass sie Einblick in die Praxis moderner Ansätze zur Behandlung von Suchtkrankheiten im Strafvollzug gewinnen und sie möglichst auch in ihren Ländern umsetzen. Nicht nur in Gefängnissen, sondern auch in öffentlichen Gesundheitseinrichtungen.“

In Lubliniec sitzen derzeit 226 Frauen ein; 63 von ihnen versuchen, in der Abteilung für Drogenabhängige ihre Sucht zu überwinden. Tatkräftig unterstützt werden sie dabei von Therapeuten, Ärzten und Sozialarbeitern. Der große Unterschied zu vielen Gefängnissen in anderen Ländern: Die Behandlungs- und Therapieangebote finden nicht außerhalb statt, sondern sind in der Strafvollzugsanstalt konzentriert und genau aufeinander abgestimmt.

Aktionen, die den Frauen Selbstbewusstsein und praktische Fähigkeiten für ein Leben nach der Haft vermitteln, sind ein wichtiger Bestandteil des Programms. „Wer sich gut führt und möchte, kann zum Beispiel einige Stunden pro Woche unentgeltlich in Heimen oder Sozialeinrichtungen arbeiten, alte Menschen oder



Für die Frauen im Gefängnis Lubliniec gibt es eine Chance auf ein Leben ohne Drogen.

behinderte Kinder betreuen und auf diese Weise auch der Gesellschaft etwas zurückgeben“, berichtet Olejnik. Kunst und Theater spielen ebenfalls eine große Rolle: Die Theatergruppe des Gefängnisses tritt in Schulen auf und diskutiert anschließend mit den Besuchern über die Gefahren von Drogen. „Vor kurzem standen wir in Czeszochowa (Tschestochau) vor 1.800 Zuschauern auf der Bühne“, erzählt eine 27-jährige Insassin, die kurz vor dem Abschluss ihrer bisher erfolgreichen Drogentherapie steht. „Das war ein großes Gefühl, das mir

neue Kraft gibt.“ Dass der polnische Strafvollzug beim Umgang mit drogensüchtigen Häftlingen international mit führend ist, verdankt er ganz wesentlich einem Mann: dem promovierten Soziologen, Kriminologen und Strafvollzugsreformer Pawel Moczydlowski. Er hat viele polnische Minister und Präsidenten – darunter auch Lech Walesa – beraten und seine Idee eines menschenwürdigen Strafvollzugs vorangetrieben. Schon seit 2004 ist Moczydlowski für das EU-Programm tätig, seit 2009 ist er als Senior-Berater für Behandlungsansätze »

DROGENAKTIONSPROGRAMM ZENTRALASIEN

AUF EINEN BLICK

Das Drogenaktionsprogramm Zentralasien (Central Asia Drug Action Programme) ist eine wichtige Säule des gemeinsamen Drogenaktionsplans der EU und der fünf Staaten Zentralasiens. Dort ist die Zahl der Konsumenten von Drogen kräftig gestiegen. Infektionskrankheiten und Todesfälle Drogenabhängiger nehmen zu. Die EU unterstützt bei der Reduzierung des Drogenkonsums. Dazu sind einheitliches Handeln, effektive Vorbeugung und bessere Behandlungsmethoden für Abhängige dringend nötig. Mit Hilfe des Programms soll der schwierige Übergang von einer aus der Sowjetzeit stammenden, auf Strafe basierenden Politik für Süchtige in eine moderne Drogenpolitik nach EU-Standard gelingen. Die derzeit fünfte Phase läuft von Anfang 2010 bis Juli 2013. Das Budget ist mit 4,9 Millionen Euro veranschlagt. Die Gesamtleitung hat die GIZ im Auftrag der Bundesregierung übernommen, finanziert wird das Programm von der EU. In den Händen der GIZ liegen Koordination und Vernetzung aller Akteure, so auch mit dem UN Office on Drugs and Crime (UNODC), der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und Nichtregierungsorganisationen. Zu den Aufgaben gehören außerdem Analyse und Bewertung der Strukturen und Mechanismen in der Drogenpolitik der fünf zentralasiatischen Länder. Das Zentrum für Interdisziplinäre Suchtforschung der Uni Hamburg ist für die Einführung effektiver Behandlungsmethoden für Süchtige verantwortlich, Datensammlung und Aufbereitung verantworten tschechische Partner. Um Informations- und Präventionskampagnen kümmert sich das National Bureau for Drug Prevention in Polen.

☞ www.cadap.eu

beschäftigt. Heute sitzt er mit am Kaffeetisch im Gefängnis von Lubliniec und diskutiert engagiert mit den zentralasiatischen Besuchern. Die Problematik in ihren Ländern kennt Moczydlowski genau, denn er hat auch dort Reformen mit auf den Weg gebracht. „Die Achtung der Menschenwürde sowie Hilfe bei der Überwindung der Drogensucht und bei der Wiedereingliederung in die Gesellschaft sind wichtige

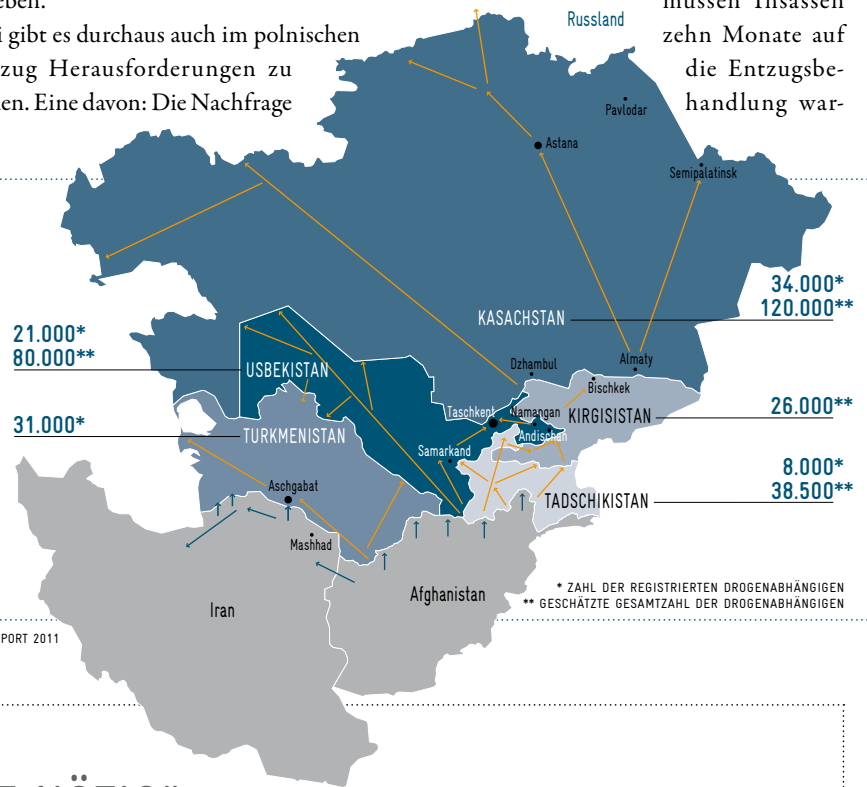
Aufgaben des Strafvollzugs“, betont Moczydlowski und weist darauf hin, dass die humane Behandlung von Häftlingen auch für die Institutionen Vorteile hat: „Seit zwanzig Jahren hat es in Polen keinen Gefängnisaufrast mehr gegeben.“

Dabei gibt es durchaus auch im polnischen Strafvollzug Herausforderungen zu überwinden. Eine davon: Die Nachfrage

nach Therapieplätzen übersteigt das Angebot bei weitem. „Die Wartezeiten sind meist sehr lang“, bedauert Elzbieta Staud, Therapeutin und Psychologin im Männergefängnis Podgorze im Stadtzentrum von Krakau. „Bei uns müssen Insassen zehn Monate auf die Entzugsbehandlung war-

DIE GROSSEN HEROINHANDELSROUTEN DURCH ZENTRALASIEN

Die wichtigsten Handelsrouten von Afghanistan nach Russland und Westeuropa führen durch Zentralasien. Entlang der Routen hat sich die Drogenproblematik in den letzten beiden Jahrzehnten stark verschärft.



QUELLEN: DROGENAKTIONSPROGRAMM ZENTRALASIEN, ANNUAL REPORT 2011; UNODC, WORLD DRUG REPORT 2011

» INTERVIEW

„VIEL GELD UND VIEL ZEIT NÖTIG“



Pawel Moczydlowski war auf polnischer Seite Gastgeber für die Experten-Delegation aus den fünf zentralasiatischen Staaten.

Das Drogenaktionsprogramm läuft über zehn Jahre. Warum ist so viel Zeit nötig?

Die Herausforderungen für die fünf zentralasiatischen Staaten sind nach dem Ende der Sowjetunion und der neuen Eigenverantwortung für Drogenbekämpfung, Strafvollzug und Therapie sehr groß. Gefängnisse waren riesige Barackenlager zum Wegsperrn und sind es teils heute noch. Es fehlt noch vielerorts an Demokratiever-

ständnis und Gewaltenteilung. Das Drogenproblem ist massiv. Die Länder sind wichtiger Umschlagplatz für Drogen, vor allem aus Afghanistan. Es fehlt an Prävention und Therapien. Mit diesen Problemen kann die EU die Länder nicht allein lassen. Da muss viel Zeit und Geld investiert werden.

Wo gibt es Fortschritte?

Im Vergleich zu früher in allen fünf Ländern, vor allem in Kirgisistan. In den anderen Staaten läuft es eher schleppend. Turkmenistan hat mit Hilfe der EU nicht nur die meisten Therapiezentren im Strafvollzug, sondern als einziger Programm-Teilnehmer eine Clean Zone, in der Therapierte untergebracht werden, Beratung und Wiedereingliederungshilfen bekommen. In Usbekistan und Kasachstan

sind neue Einrichtungen in Gefängnissen geplant.

Und wo drückt der Schuh noch besonders?

Es geht noch zu langsam voran. Beispiel Tadschikistan: Hier sollen neue Therapieabteilungen in Haftanstalten entstehen. Dabei wurde vor Jahren eine Abteilung im Gefängnis Krankenhaus in Duschanbe mit Inventar für Drogentherapien unterstützt. Es gab feste Zusagen. Doch die Station ist immer noch nicht in Betrieb. Es fehlt auch an Fachkräften in dem Land. Alte, verkrustete Strukturen und übergroßes Misstrauen leben vielerorts weiter. Natürlich ist die Nachfrage von Häftlingen nach Therapien groß. Es gibt viel zu wenige Plätze.



Die Mitarbeiterinnen im Frauengefängnis von Lubliniec sind für den Umgang mit drogensüchtigen Häftlingen ausgebildet.



Die Besucher aus Zentralasien konnten in sechs polnischen Strafvollzugsanstalten hinter die Kulissen blicken.

PRÄVALENZ VON HIV/AIDS UND HEPATITIS UNTER HEROIN- UND OPIUMABHÄNGIGEN IN ZENTRALASIEN

Ein Großteil der Heroin- und Opiumabhängigen in Zentralasien injiziert die Droge. Oft teilen sich mehrere Menschen eine Spritze. Dadurch besteht ein hohes Risiko, sich mit Krankheiten wie HIV/Aids oder Hepatitis zu infizieren. Kasachstan, Kirgisistan, Turkmenistan, Tadschikistan und Usbekistan unterhalten Programme, in deren Rahmen sterile Spritzen an Drogenabhängige ausgegeben werden. Nur in Kirgisistan gibt es eine Methadonbehandlung in drei Gefängnissen, obwohl dies die HIV-Ausbreitung wirksam verhindern könnte.



Anzahl der registrierten Abhängigen, die injizieren

HIV-Infektionen und Drogenabhängigkeit

KASACHSTAN	91,7 %	67,9%*
KIRGISISTAN	96,1 %	62,9%*
TURKMENISTAN	k.A.	k.A.
TADSCHIKISTAN	57,4 %	55,2%**
USBEKISTAN	64,0 %	41,1%**

* Anteil der heroïn-/opiumpabhängigen an den HIV-Positiven im Land; ** Anteil der HIV-Positiven, die heroïn-/opiumpabhängig sind

QUELLE: DROGENAKTIONSPROGRAMM ZENTRALASIEN

ten.“ In Podgorze gibt es neben Angeboten für Drogensüchtige auch 49 Therapieplätze für Alkoholranke. Ihre Behandlung spielt in polnischen Gefängnissen ebenfalls eine große Rolle. 2010 haben insgesamt 1.668 Rauschgiftsüchtige und 4.722 Alkoholabhängige in der Haft Therapien gemacht. Einige Häftlinge, die den Sprung aus der Sucht geschafft haben, geben den Gästen aus Zentralasien im Besucherraum der Warschauer Haftanstalt Sluzewiec bereitwillig Auskunft. „Früher hatte ich Angst, meine Abhängigkeit und Schwächen zuzugeben, heute nicht mehr“, erzählt der 33-jährige Krzysztof. Neben ihm sitzt Jarek, Mitte 30. Er ist seit sieben Monaten Freigänger und hat seine sechsmo-natige Drogentherapie auf acht Monate verlängert, das mögliche Maximum. „Ich war schwer abhängig“, sagt Jarek. „Nun bin ich seit einigen Monaten clean.“

Jumanova Saodatkhon vom Zentrum für Drogenkontrolle der Regierung in Usbekistan ist von den Gesprächen mit den Therapiegruppen und den Insassen im halboffenen Vollzug beeindruckt: „Ich bin sehr überrascht, wie offen

die Diskussion in Polen ist. Wir können hier viel lernen.“ Das sieht auch Kalybek Kachkynaliev aus Kirgisistan so, ergänzt aber: „Wir haben noch einen langen Weg vor uns, bis wir bei Strafvollzug und Drogentherapie so weit sind wie Polen und andere EU-Länder.“ Dabei ist Kirgisistan im zentralasiatischen Vergleich schon weit fortgeschritten bei der Drogentherapie im Strafvollzug. „Das Land unterhält inzwischen acht Einrichtungen nach polnischem Vorbild“, erläutert Ingo Ilja Michels. „Sie konnten mit Hilfe des EU-Programms aufgebaut werden.“ In Kasachstan gibt es zwei solcher Behandlungszentren, in Turkmenistan, Tadschikistan und Usbekistan je eines. Die Häftlinge sind ausgesprochen froh über die neuen Therapieangebote, weiß Michels aus vielen Gesprächen: „Weil hier menschlich mit ihnen umgegangen wird, weil sie sich mit ihrer Sucht auseinandersetzen können, weil sie nicht dem Druck krimineller Dealer ausgesetzt sind und weil sie bessere Lebensbedingungen haben als die anderen Gefangenen.“ Etwa ein Dutzend Therapie-Häftlinge teilten sich einen Schlafsaal. Sonst sind meist 50 oder gar 100

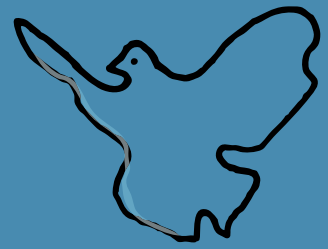
Häftlinge in einer Baracke untergebracht. Dort ist der Druck der Drogenhändler groß. „Das Problem ist, dass die Behandlung der Häftlinge nach einigen Wochen beendet ist und sie dann wieder in das alte Milieu zurückmüssen, wenn der Strafreis noch groß ist“, sagt Michels. Notwendig wäre auch eine Methadonbehandlung. Aber es gibt Lichtblicke, meint Marcus Martens vom am Programm beteiligten Zentrum für Interdisziplinäre Suchtforschung (ZIS) an der Uni Hamburg. „In Usbekistan entsteht mit Hilfe des Programms eine weitere Reha-Einrichtung in einem Gefängnis, in Kasachstan soll eine solche Abteilung im Frauengefängnis in der Region Karaganda eröffnet werden. Und in Turkmenistan durften wir das Personal einer Reha-Einrichtung im Gefängnis schulen.“ Fortschritte in den fünf zentralasiatischen Staaten brauchen viel Zeit. „Umso wichtiger sind für uns solche Informationsbesuche wie dieser hier in Polen“, betont Jumanova Saodatkhon zum Abschluss der Reise. ■

› ANSPRECHPARTNERIN

Julia Jesson › julia.jesson@giz.de



פתרונות
למצוא
להתחייבכדי



ICH WILL
MEIN UM-
FELD MIT-
GESTALTEN

ЦЕНЗУРА



PROTECTING
THE ENVIRONMENT
IS IMPORTANT TO ME

ZENSUR

是重要的
保护环境

我们是人民

WIR SIND
DAS VOLK

نحن
الشعب



TAHRIRPLATZ

ميدان التحرير

DOES MY
VOTE COUNT?

我的声音

لي صوت في
الانتخابات



DIREKTE DEMOKRATIE

ОНЛАЙН-ПЕТИЦИИ

ONLINE PETITION



网信
上访

我们要
各方需

НУЖНЫ
ЛИ НАМ
ПАРТИИ?

BRAUCHEN
WIR PARTEIEN?

أريد دفع الأمور
إلى الأمام

I WANT TO
MAKE A
DIFFERENCE



ДЕМОКРАТИЕ КЛАПТ NUR, WENN ALLE MITMACHEN

POLITISCHE TEILHABE

THEMEN DIESES
SCHWERPUNKTS

IM FOKUS: Wenn Politik ganz nahe kommt – aktive Bürgerbeteiligung ist die Voraussetzung für gesunde Demokratie und nachhaltige Entwicklung.

IM ÜBERBLICK: Projektbeispiele aus der Arbeit der GIZ

IN ZAHLEN: Die vielen Gesichter von politischer Teilhabe

Wenn Politik ganz nahe kommt

Ohne die aktive Teilhabe von mündigen Bürgern kann keine Demokratie wachsen und keine nachhaltige Entwicklung entstehen.

Text Friederike Bauer **Illustrationen** Vera von Laufenberg, Sabine Schiemann

Die Wucht der Ereignisse hat viele überrascht. Auch Inès Abid. Am Ende dauerte es nur vier Wochen – einen Monat –, um Ben Ali außer Landes zu treiben: Nach Jahrzehnten unter diesem Diktator und seinem Vorgänger Habib Bourguiba begehrten die Tunesier auf gegen Willkürherrschaft, Unfreiheit und Perspektivlosigkeit. Sie demonstrierten so lange und so intensiv, bis sich Ben Ali nicht anders zu helfen wusste, als die Flucht zu ergreifen. Auch die Medizinstudentin Inès Abid reihte sich ein, ging auf die Straße und bekundete ihren Widerstand gegen den starken Mann im Staat – damals in diesen aufregenden Dezembertagen des Jahres 2010. Als das Ziel am 14. Januar erreicht war, schneller als erwartet, kehrte sie aber nicht zurück in den Hörsaal und die alte Routine, sondern machte weiter. Die neuen Freiheiten und Beteiligungsmöglichkeiten gefielen der heute 22-Jährigen. „Wir haben riesiges Glück, dass wir diesen historischen Moment erleben dürfen. Wie könnte man das alles an sich vorbeiziehen lassen, ohne selbst aktiv teilzunehmen?“, sagt sie im Rückblick.

Nur einen Tag später traf sich Inès mit einer Gruppe von Studenten in Tunis und gründete die „Jungen Unabhängigen Demokraten“ (Jeunes Indépendants Démocrates – JID) als Ausdruck eines neuen Lebensgefühls, aber auch als Form der

politischen Teilhabe. Denn ein freies Meinungsklima hatte es bis dahin nicht gegeben, auch keine unabhängige Presse, keine Nichtregierungsorganisationen, die den Namen wirklich verdient hätten, und keine politischen Organisationen jenseits der von oben zugelassenen. Es fehlten der offene Austausch und das konstruktive Miteinander. Beides aber brauchen moderne Staaten, um sich zu organisieren, Herausforderungen zu meistern und Entscheidungen zum Wohle der Bevölkerung herbeizuführen. Nun plötzlich gab es Raum dafür – und den wollten Inès und ihre Kommilitonen nutzen. „Dafür opferte ich gern einige Monate meiner Zeit.“

Der Demokratie den Weg bereiten

JID ist keine Partei, auch wenn das Kürzel dies vermuten lässt, sondern eine politisch unabhängige zivilgesellschaftliche Organisation. Nicht der Einzug in die verfassunggebende Versammlung war ihr Ziel, sondern „der Demokratie den Weg zu bereiten und sie zu festigen“. Dafür, so dachten sich die Studenten, brauchen die Menschen im Land vor allem eines: gute Informationen – über die aktuellen politischen Ereignisse, aber auch über die neuen Parteien, die wie Pilze aus dem Boden schossen. Also begannen die jungen »



› ALTERNATIVEN AUFZEIGEN

Wie soll die Welt aussehen? Darüber entscheiden in demokratischen Gesellschaften nicht nur Regierungen. Viele Menschen bringen ihre Ideen ins Spiel – wie diese Teilnehmerin des Weltsozialforums 2009 im brasilianischen Belém.



› DIE WAHL HABEN

In einer Demokratie zählt jede Stimme. Eine Erfahrung, die viele Wählerinnen und Wähler in Tunesien 2011 zum ersten Mal machten. Und erlebten, dass sie aktiv Einfluss auf die politischen Bedingungen in ihrem Land nehmen können.

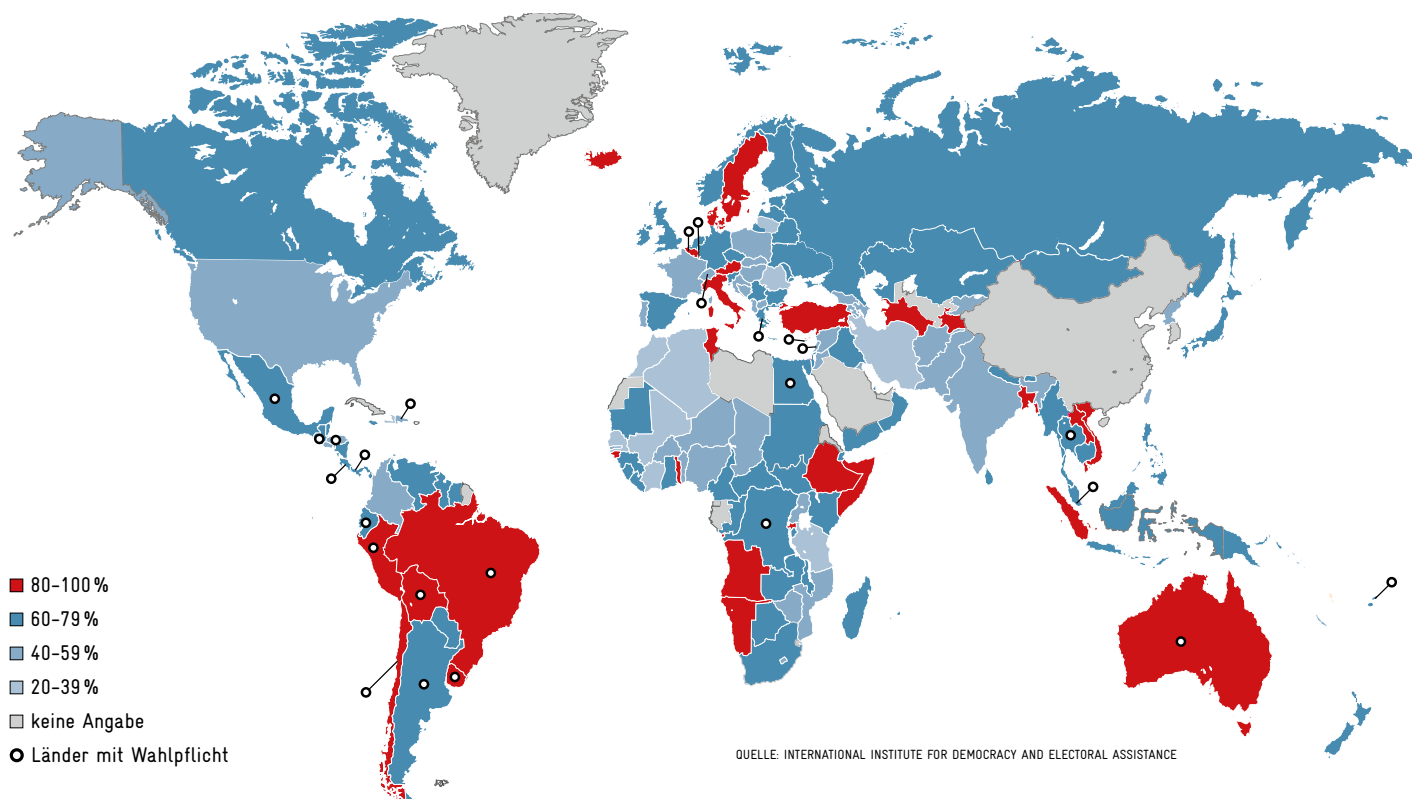
Demokraten, mit Handy und Laptop ausgestattet, Informationen zu sammeln, ohne sich selbst parteipolitisch zu binden. Sie befragten Parteien nach ihren Zielen und Positionen und fügten alles im Internet zusammen. „Müssen Staat und Religion getrennt sein?“, lautete eine der Fragen. „Brauchen wir ein starkes Parlament oder einen starken Präsidenten – oder beides?“ eine andere. Aus dieser Sammlung von Fragen und Antworten entwickelten sie, begleitet von einem politischen Expertengremium, ein interaktives Computerprogramm – nach deutschem Vorbild und mit deutscher Unterstützung. Als „Wahlomat“ ist dieser Service hierzulande bekannt, der einem in kurzer Zeit zeigt, welche Partei am besten zu den eigenen Überzeugungen passt. In Tunesien heißt er „ikhtiartounes.org“, was so viel wie „tunesische Wahl“ bedeutet. Die GIZ hat im Auftrag des BMZ dabei geholfen, das Computerprogramm zu entwickeln und die Abläufe zu organisieren. „Das war ein spannender Prozess“, berichtet Marion Geiss aus dem GIZ-Büro Tunis, „auf den wir inhaltlich aber keinen Einfluss genommen haben.“ Vielmehr

kämpften Inès und ihre Mitstreiter sich selbstständig durch das Durcheinander an neuen Parteien und unvollständigen Programmen; nicht selten lösten sie mit ihren Erkundigungen heiße Diskussionen innerhalb der befragten Gruppen selbst aus: Sind wir wirklich dafür, dass die Regionen mehr Mitspracherecht erhalten? Wollen wir Frauen tatsächlich ganz genauso im öffentlichen Leben sehen wie Männer?

Inzwischen hat Tunesien gewählt und die Zusammensetzung einer verfassunggebenden Versammlung bestimmt. Fast 90 Prozent der Tunesier haben daran teilgenommen. Nicht allen gefällt das Ergebnis, aber dass die Wahlen stattgefunden haben und demokratisch abgehalten wurden, daran haben auch die Studentinnen und Studenten um Inès Abid ihren Anteil: Mit „ikhtiartounes.org“ haben sie vielen Tunesiern wertvolle Informationen geliefert – und Orientierung gegeben für die ersten freien Wahlen seit der Unabhängigkeit des Landes von Frankreich im Jahr 1956. Das Computerprogramm hat die GIZ inzwischen an die JID übergeben – für den nächsten Urnengang zum »

WAHLBETEILIGUNG WELTWEIT

Beteiligung an den jeweils letzten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung



nationalen Parlament, der bis Ende 2012 folgen soll. Dann wollen Inès und ihre Mitstreiter wieder aktiv werden.

Auch wenn sich die Ereignisse in Tunesien und seinen Nachbarländern gerade überschlagen, vor allem die junge Generation verantwortungsvolle Regierungen und politische Teilhabe einfordert, sind Entwicklungen in Richtung Demokratie – mehr oder weniger stark – in allen Weltgegenden im Gange. Allein in den letzten zwanzig Jahren ha-

statt. Nach drei erfolglosen Anläufen schaffte Michael Sata von der „Patriotischen Front“ dieses Mal den Sprung ins höchste Staatsamt. Zuletzt war er bei der Wahl 2008 gegen Rupiah Banda angetreten, seinem Widersacher dann aber knapp unterlegen. Sata sprach damals von Wahlbetrug, akzeptierte aber schließlich die Niederlage. Ob er recht hatte, blieb letztlich unklar. Solche Unsicherheiten sollten sich nicht wiederholen, fanden nicht nur internationale Beobachter und Geber, sondern auch die sambische Zivilgesellschaft. Beim nächsten Mal, so der Vorsatz, sollte der Zweifel keine Chance mehr erhalten und mehr Wähler zur Urne gehen als 2008. Damals lag die Wahlbeteiligung auf einem Rekordtief von 45 Prozent.

„Die Charta der Vereinten Nationen beginnt mit den Worten ‚Wir, die Völker‘. Das erinnert uns daran, dass nicht nur Regierungen Lösungen für globale Herausforderungen finden müssen, sondern auch einzelne Menschen, Gemeinschaften und die Zivilgesellschaft.“

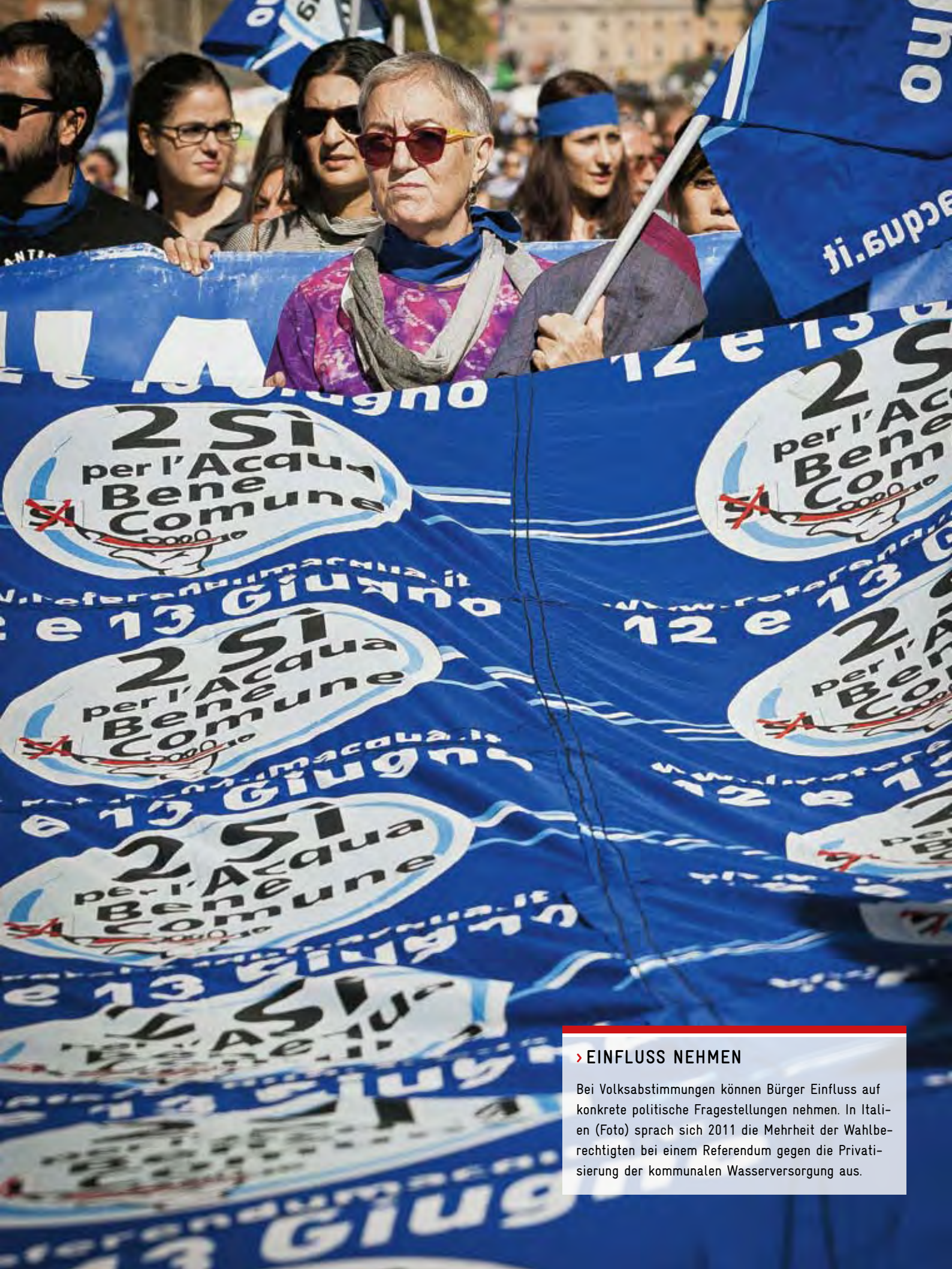
Ban Ki-moon, Generalsekretär der Vereinten Nationen

ben die Vereinten Nationen (UN) in über 100 Ländern Wahlhilfe geleistet. Diese „wachsende Nachfrage“, mit der sich die Weltorganisation letztthin konfrontiert sah, spricht eine eindeutige Sprache: Wahlen gehören heute zum politischen Alltag wie Facebook zum Internet. Ob sie immer fair und frei sind, mag dahingestellt bleiben, auch wenn sich der Wahlakt mit modernen Kommunikationsmitteln besser als früher beurteilen und einstufen lässt. Aber immerhin glauben selbst zweifelhafte Potentaten inzwischen, auf einen Urnengang zur vordergründigen Bestätigung ihrer Macht nicht verzichten zu können. Umso wichtiger ist es, dass Wahlen mehr sind als eine reine Stimmabgabe, dass sie Anlass geben für lebhaft Debatten um Lösungen und Positionen, an denen sich nicht nur die etablierte politische Klasse beteiligt.

Wie in Sambia zum Beispiel. Ziemlich unbemerkt von der Weltöffentlichkeit, aber kaum weniger spektakulär als in Tunesien haben sich auch dort vor kurzem die Machtverhältnisse verändert: Zum zweiten Mal nach seiner Unabhängigkeit 1964 fand in dem südafrikanischen Land ein friedlicher Machtwechsel nach dem Sieg einer Oppositionspartei

Übung macht den Meister

So rüsteten sich vor allem die Nichtregierungsorganisationen im Land. Nachwahlen in Sambia, sogenannte „bi-elections“, nahmen sie zum Anlass, ganz genau hinzuschauen. Solche Nachwahlen werden nach sambischem Recht immer dann nötig, wenn ein Abgeordneter des nationalen Parlaments stirbt oder seine Partei verlässt. Anders als in Deutschland, wo automatisch Nachrücker zum Zug kommen, finden auf diese Weise ein paarmal im Jahr „Miniwahlen“ in verschiedenen Wahlkreisen Sambias statt – ein perfektes „Übungsfeld“ für den nationalen Urnengang, wie sich im Nachhinein herausgestellt hat. Denn dort konnten zivilgesellschaftliche Organisationen konzentriert arbeiten und „lernen“, worauf es ankommt: Wie informiert man die Bevölkerung am besten über die unterschiedlichen Positionen der Kandidaten, den Nutzen, den Wert und den Ablauf von Wahlen? Wie organisiert man sich, um sich am Wahltag ein möglichst gutes Bild von den Vorgängen machen zu können? All das im Kleinen „durchzuspielen“, half später bei der „großen Wahl“. Im Auftrag des BMZ führt die GIZ seit 2005 ein Programm zur Stärkung der Zivilgesellschaft in Sambia durch. In dessen Rahmen hat sie in den vergangenen Jahren zivilgesellschaftliche Organisationen und Netzwerke wie das „Anti-Voter Apathy Project“, „Caritas Sambia“ oder das „Southern African Centre for Conflict Resolution and Disputes“ unterstützt, die politische Aufklärungsarbeit betreiben und Reformprozesse voranzutreiben versuchen. Für die bedeutungsvolleren Wahlen im September 2011, bei denen nicht nur der Staatspräsident, sondern auch gleich das nationale Parlament bestimmt wurden, schloss sich diese Gruppe unter Führung von „Caritas“ mit einem halben Dutzend weiterer Organisationen zu einem Netzwerk, der „Civil Society Election Coalition“, zusammen – ebenfalls »



› EINFLUSS NEHMEN

Bei Volksabstimmungen können Bürger Einfluss auf konkrete politische Fragestellungen nehmen. In Italien (Foto) sprach sich 2011 die Mehrheit der Wahlberechtigten bei einem Referendum gegen die Privatisierung der kommunalen Wasserversorgung aus.

gefördert von der deutschen Entwicklungszusammenarbeit und mitfinanziert von Irish Aid. Gemeinsam, so lautete ihre schlichte Motivation, erreichen wir mehr.

Tatsächlich fand der Urnengang im Herbst unter starker Aufsicht statt: Mehr als 1.500 Wahlbeobachter, darunter auch viele von diesem Netzwerk, überwachten die Geschehnisse am 20. September ganz genau: Kein Wahlkreis blieb unbeobachtet. Der Machtwechsel von Banda zu Sata „ist zweifellos auch ein Verdienst der Zivilgesellschaft“, urteilt deshalb GIZ-Programmlleiter Jörg Holla. „Ohne ihr Monitoring hätte es womöglich wieder Zweifel und Konflikte gegeben.“ So aber hat Banda innerhalb von 14 Stunden seine Niederlage eingestanden und die Amtsgeschäfte an seinen Nachfolger übergeben. Und das alles „total friedlich“, wie Holla berichtet. Die Wahl selbst ist jedoch nur ein, wenn auch der offensichtlichste Beleg dafür, welche Bedeutung der Zivilgesellschaft in Sambia – und anderswo – zukommt. Auch bei Armutsbekämpfungsprogrammen spielt sie dort eine große Rolle. So haben verschiedene Organisationen zum Beispiel

das Netzwerk „Civil Society for Poverty Reduction“ gegründet, in dessen Rahmen sie unter anderem regelmäßig bewerten, ob öffentliche Dienstleistungen – wie sauberes Wasser – ausreichend vorhanden sind und tatsächlich bei den Menschen ankommen. Aus ihren Analysen leiten sie Politikempfehlungen ab, die alle sechs Monate an die zuständigen Regierungsstellen und an die Medien gehen. Das schafft die Grundlage für einen konstruktiven Dialog zwischen öffentlicher Hand und Zivilgesellschaft um den jeweils besten Weg. Überhaupt sind Wahlen ja isolierte Ereignisse. Bedeutsam zwar, weil sie Macht legitimieren und dem Volk, dem „Souverän“, Entscheidungsgewalt geben, doch sie allein genügen nicht. „Freie und faire Wahlen sind zentrale Bestandteile von Demokratien“, sagt Katrin Schäfer, Fachplanerin für politische Teilhabe in der GIZ. „Aber sie sind kein Garant für demokratische Verhältnisse, sondern nur ein Indikator. Wichtig ist auch, was zwischen den Wahlterminen passiert.“ Anders gesagt: Der politische Alltag ist ebenso wesentlich – und für das Leben der Menschen mindestens so entscheidend.

AUS DER ARBEIT DER GIZ > POLITISCHE TEILHABE

> ASIEN, AFRIKA UND LATEINAMERIKA

Wahlbeobachtungsmissionen



Auftraggeber: Europäische Kommission

Um demokratische Wahlen zu unterstützen, entsendet die Europäische Kommission Wahlbeobachter nach Asien, Afrika und Lateinamerika. Die GIZ ist Vertragspartnerin der Europäischen Kommission und organisiert die Durchführung vor Ort. Für die Sicherheit des entsandten Personals sorgt ein Partnerunternehmen der GIZ. Die Missionen der Europäischen Kommission zeichnen sich dadurch aus, dass nicht nur die Situation am Wahltag in die Analyse eingeht, sondern dass auch der Wahlkampf und die Berichterstattung in den Medien verfolgt werden. Die GIZ und ihr Partner haben bereits Beobachtermissionen in Angola, Libanon, Äthiopien, der Elfenbeinküste, im Niger und im Tschad durchgeführt.

> SAMBIA

Good Governance und Teilhabe stärken

Projekt: Demokratisierung, Staat und Zivilgesellschaft

Auftraggeber: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Laufzeit: 2005 bis 2015

Trotz wirtschaftlicher Erfolge steht Sambia weiterhin vor großen Herausforderungen, da bislang nur eine kleine Minderheit von dem Wachstum profitiert. Deshalb verfolgt das Land eine langfristige Strategie zur Armutsbekämpfung. Damit diese greift, muss sichergestellt sein, dass die Interessen aller Bevölkerungsgruppen berücksichtigt werden. Die GIZ unterstützt im Auftrag des BMZ unterschiedliche Gruppen der sambischen Zivilgesellschaft dabei, Netzwerke zu bilden, Positionen zu wichtigen politischen Entscheidungen zu beziehen und diese konstruktiv in den Politikzyklus einzubringen. Eine wichtige Partnerorganisation ist das Netzwerk „Civil Society Election Coalition“ – ein Zusammenschluss verschiedener Gruppen der Zivilgesellschaft, die Wahlen mit Informationskampagnen und Beobachtungsmissionen begleiten. Andere prüfen und kommentieren die Entwicklungspläne der Regierung oder hinterfragen Entscheidungen der Gemeinden.

Deshalb ist politische Teilhabe ein unverzichtbarer Teil von Good Governance – guter Regierungsführung –, die es von „oben“ braucht, um einen Staat zu einem lebenswerten Gemeinwesen zu machen, und einer engagierten Zivilgesellschaft, die das Ganze von „unten“ durchschüttelt und dadurch letztlich festigt.

Der Begriff Good Governance gibt leicht zu verstehen, worum es geht: um die Art, wie in einem Staat Entscheidungen getroffen werden, wie Politik formuliert und gestaltet wird. Es geht um den Ausgleich verschiedener Interessen, aber auch um Normen, Institutionen und Verfahren, die nachvollziehbar sind und klaren Regeln folgen. Es geht um Freiheit und Menschenrechte und um verantwortliches Regierungshandeln, das dem Einzelnen ein selbstbestimmtes Leben in Würde ermöglicht. Das Gegenteil davon sind Willkür und Folter, Fremdbestimmung und Elend. Für Good Governance braucht es verschiedene Faktoren, wie umsichtige Politiker, ein intaktes Justizsystem, ein unabhängiges Parlament, freie Medien, aber auch eine aktive Zivilgesellschaft,

die am gesellschaftlichen und politischen Geschehen teilnimmt und im besten Sinne des Wortes „mitdenkt“. Die sogenannte „zivile Gesellschaft“ ist wörtlich genommen zunächst nichts weiter als alles Nichtmilitärische in einem Staat. So platt und wenig präzise diese Beschreibung klingt, eines drückt sie ganz direkt aus: Zivilgesellschaft hat etwas mit dem „normalen“ Leben zu tun, mit dem Alltag, mit den üblichen Wünschen und Sorgen von Menschen. Sie ist nichts Außergewöhnliches oder Hochgeschraubtes, Seltenes oder Knappes. Ihrem Charakter entspricht eher das Gebräuchliche, Umfassende, Einbindende und Vermittelnde – Zivile eben. Und verwandt ist sie, wenn überhaupt, mit der „Zivilcourage“, mit dem Mut also, sich einzumischen und Dinge beim Namen zu nennen.

Politisch betrachtet, geht der Begriff Zivilgesellschaft zurück auf den italienischen Theoretiker Antonio Gramsci, der darunter die Gesamtheit aller nichtstaatlichen Organisationen fasste, die auf den Alltagsverstand und die öffentliche Meinung Einfluss nehmen. Heute beschreibt er meist »

›BOLIVIEN

Dezentralisierung fördern



Projekt: Programm zur Unterstützung dezentraler Regierungsführung und Armutsbekämpfung

Auftraggeber: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Laufzeit: 2002 bis 2012

Bolivien ist ein Land mit sehr unterschiedlichen Regionen und großen sozialen und kulturellen Unterschieden. Die zentrale Entscheidungsgewalt, die lange Zeit vorherrschte, hat vor allem die ländlichen, indigenen Gegenden kaum berücksichtigt. Mit einer Reihe von Reformen seit 1994 wurde das strikt zentralistische System aufgebrochen, Kompetenzen und Gelder wurden auf verschiedene Ebenen verteilt. Die GIZ unterstützt im Auftrag des BMZ diesen Prozess mit dem Ziel, einen höheren Grad an Demokratisierung und an Bürgerbeteiligung zu erreichen und die öffentliche Verwaltung transparenter, effizienter und effektiver zu gestalten. Dafür fördert sie unter anderem den Dialog zwischen staatlichen Stellen und institutionalisierter Zivilgesellschaft.

›NEPAL

Soziale Inklusion

Projekt: Politische Beteiligung, soziale Inklusion und Krisenprävention im Rahmen föderaler Staatsmodelle

Auftraggeber: Auswärtiges Amt

Partner: Sekretariat des nepalesischen Parlaments

Laufzeit: 2008 bis 2010

Die nepalesische Regierung hat die internationale Gemeinschaft um Unterstützung für den Wiederaufbau- und Stabilisierungsprozess sowie die Erarbeitung der neuen Verfassung gebeten. Im Auftrag des Auswärtigen Amtes beriet die GIZ verschiedene Gremien bei der Erarbeitung der Verfassung und hat zur Diskussion über die Fragen einer zukünftigen kommunalen Selbstverwaltung und die Stärkung einer unabhängigen Justiz in einem föderalen Staatssystem beigetragen. Kommunale Spitzenverbände formulierten Vorschläge zur Verankerung der kommunalen Selbstverwaltung im Verfassungsentwurf. Informationen zu Verfassung, Föderalismus, politischer Beteiligung und sozialer Inklusion sind der breiten Öffentlichkeit, vor allem Jugendlichen und Studenten, zugänglich gemacht worden.



> ÜBERZEUGUNGEN ZEIGEN

Öffentlich für seine politische Überzeugung eintreten und sich für eine Partei engagieren – auch das ist politische Teilhabe. Diese Männer zeigen bei einer Kundgebung in Lusaka, Sambia, ihre Unterstützung für das Movement for Multi-Party Democracy.

jenen Teil einer Gesellschaft, der zwischen dem staatlichen und dem privaten Sektor angesiedelt ist und damit eine wichtige Diskussions- und Kommunikationsfunktion wahrnimmt. Dazu gehört alles Engagement der Bürger, das nicht nach Profit strebt und nicht abhängig ist von Parteiinteressen. Die Tunesierin Inès Abid und ihre Kommilitonen repräsentieren die Zivilgesellschaft geradezu idealtypisch, weil sie weder Geld mit ihrem Einsatz verdienen wollen noch parteipolitisch gebunden sind. Doch ganz so einfach lassen sich die verschiedenen Gruppen nicht immer zuordnen und voneinander abgrenzen. Gelegentlich variiert das Verständnis davon auch von Land zu Land. Vereine, Verbände, Initiativen, soziale Bewegungen, Kirchen und Gewerkschaften gelten gemeinhin als Teile der Zivilgesellschaft, die nötig sind, um Regierungen zu kontrollieren und eine pluralistische Gemeinschaft von engagierten Bürgern zu bilden. Oftmals organisiert sich die Zivilgesellschaft in Nichtregierungsorganisationen; sie sind so etwas wie die Träger von Zivilgesellschaft, bilden diese aber nicht komplett ab.

Die Zivilgesellschaft stößt Entwicklungen an

Jenseits aller Definitionsfragen ist eines sicher: Die Zivilgesellschaft gilt für das Fortkommen eines Landes als unverzichtbar. Dabei hat sie in den vergangenen zwei Jahrzehnten einen ungeheuren Aufschwung erlebt; manche meinen auch, sie sei zum Trend und Modebegriff geworden, weil Regierungen die komplexen Probleme der heutigen Zeit nicht mehr allein lösen könnten. Das gilt in der internationalen Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung genauso wie in der internationalen Politik generell. Ohne Nichtregierungsorganisationen, darüber sind sich alle politischen Beobachter einig, gäbe es heute weder ein Verbot der Landminen noch ein Atomtestverbot, kein Kyoto-Protokoll für den Klimaschutz, keinen Internationalen Strafgerichtshof und – ganz aktuell – keine eigene UN-Organisation für Frauen (UN Women). Immer waren es Nichtregierungsorganisationen, die Einfluss nahmen, Wissen ansammelten und Druck aufbauten, bis das Ziel erreicht war. Und immer waren es offene Politiker und Diplomaten, die den Sachverstand und die Zähigkeit ihrer „Partner“ aus der Zivilgesellschaft trotz gewisser Meinungsunterschiede – und gelegentlich auch langatmiger Diskussionen – durchaus zu schätzen wussten. Der frühere deutsche Chefunterhändler und heutige Richter am Internationalen Strafgerichtshof, Hans-Peter Kaul, ist sich sehr sicher, dass der Internationale Strafgerichtshof ohne das Interesse und die Leidenschaft der Zivilgesellschaft heute nicht existieren würde. Allein bei den Vereinten Nationen in New York sind

inzwischen mehr als 13.000 solcher Organisationen registriert; wie viele es weltweit gibt, weiß niemand. Aber ihre Zahl steigt. Die UN sprechen jedenfalls von einer „wachsenden globalen Zivilgesellschaft“.

Auch in der internationalen Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung spielen politische Teilhabe und Zivilgesellschaft als ein Ausdruck von guter Regierungsführung eine immer größere Rolle. „Die Zivilgesellschaft einzubin-

„Es ist eine demokratische und inhaltliche Selbstverständlichkeit, dass die Menschen das Haus, in dem sie leben wollen, selbst planen und gestalten können.“

Bertolt Brecht (1898–1956), deutscher Dramatiker und Lyriker

den, ist in allen Vorhaben der GIZ wichtig, nicht nur im Governance-Bereich, sondern in allen Sektoren“, sagt zum Beispiel die GIZ-Expertin Katrin Schäfer. „Zivilgesellschaft kann sowohl dazu beitragen, die Akzeptanz für Reformen in einer Gesellschaft zu erhöhen, als auch dazu, die Rechte und Interessen möglichst großer Teile der Bevölkerung bei Entscheidungen zu berücksichtigen.“ Eine fruchtbare Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft ist deshalb Ziel für und Bedingung von nachhaltiger Entwicklungszusammenarbeit gleichermaßen.

Wie zum Beispiel in Bolivien. Der Andenstaat war bis 1994 eines der zentralisertesten Länder der Welt. Alle wichtigen politischen Entscheidungen kamen aus La Paz, wirkten jedoch wenig außerhalb der großen Städte. Die ländlichen Gegenden bekamen kaum etwas vom Staat, geschweige denn von öffentlichen Dienstleistungen zu spüren. Ihre Beteiligung beschränkte sich – wenn überhaupt – auf Präsidentschafts- und Kongresswahlen. Auf dem Land aber lebte mit etwa 60 Prozent die Mehrzahl der Bolivianer. Weil der Andenstaat, verkürzt geschildert, von einer Krise in die nächste schlitterte, leitete die Regierung umfassende Reformen ein, um die Bevölkerung besser ins politische Leben einzubeziehen und Entscheidungen damit leichter umzusetzen. Mit dem „Ley de Participación Popular“ aus dem Jahr 1994 änderte sich die politische Landschaft Boliviens grundlegend – ein Veränderungsprozess, der bis heute »

andauert. Wo vorher 23 Verwaltungsdistrikte (municipios) waren, gibt es nun 337. Und überall tagen Gemeinderäte, Stadträte, werden Bürgermeister und Landräte gewählt.

Bürger kontrollieren die Machthaber

Die wohl bedeutsamste Neuerung aber bestand in der Bürgerbeteiligung, die mit der Dezentralisierung einherging: Plötzlich durfte die Bevölkerung mitsprechen und Entschlüsse beeinflussen, über sogenannte „organizaciones territoriales de base“ und „comités de vigilancia“ (Überwachungs-Komitees). Zwar ist das „Ley de Participación Popular“ mittlerweile außer Kraft gesetzt und soll durch ein neues Gesetz zu „Bürgerbeteiligung und sozialer Kontrolle“ ersetzt werden, die institutionalisierte Mitsprache der Menschen, die „participación popular“, ist aber nicht mehr wegzudenken: In jedem Dorf und Stadtviertel können sich die Bolivianer zu Organisationen zusammenschließen, um von Bürgermeistern und anderen Würdenträgern Einblick, Auskunft und Mitsprache zu verlangen. Mit anderen Worten: Ihr Engagement ist Teil der politischen Kultur des Landes geworden.

Seit vielen Jahren begleitet und unterstützt die GIZ im Auftrag des BMZ diese Veränderungen in Bolivien im Rahmen des „Programms zur Unterstützung dezentraler Regierungsführung und Armutsbekämpfung“ mit dem Ziel, die Zivilgesellschaft und ihre Möglichkeiten der politischen Teilhabe zu stärken. Nach fast einem Jahrzehnt zieht Julia Iversen von der GIZ in Bolivien ein positives Fazit: „Bei allen Herausforderungen, die die starke Bürgerbeteiligung mit sich bringt, können wir für unser Projektgebiet festhalten, dass die sozialen Unterschiede dort geringer sind, wo Menschen sich tatsächlich am ganzen ‚Politikzyklus‘ – also nicht nur an der Planung, sondern auch an der Umsetzung, Kontrolle und Bewertung von Politik – beteiligen können.“ Damit bestätigt die GIZ-Beraterin aus ihrer konkreten Projektarbeit in Bolivien, was auch in der internationalen Politik mittlerweile als Konsens gilt: Ohne Good Governance lässt sich ein Land nicht nachhaltig entwickeln. Und ohne lebendige Zivilgesellschaft verkommt Good Governance zur bloßen Rhetorik, zum Gemeinplatz, zur Modewort. Der frühere UN-Generalsekretär Kofi Annan hat diesen Zusammenhang bereits im Jahr 1998 folgendermaßen beschrieben: „Demokratisierung lässt jeden einzelnen Bürger Anteil an der Gesellschaft nehmen. Ihre Bedeutung kann nicht genug unterstrichen werden, denn dauerhafter Friede und eine nachhaltige Entwicklung lassen sich nur dann verwirklichen, wenn jeder Einzelne das Gefühl hat, die Gesellschaft, in der

er lebt, mitgestalten zu können.“ Die Staatengemeinschaft hat diese Verknüpfung in zahlreichen Dokumenten und Erklärungen in den vergangenen Jahren immer wieder bestätigt, zuletzt beim Millennium+10-Gipfel im Herbst 2010, wo es in der Abschlusserklärung heißt: „Wir erkennen an, dass gute Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit auf nationaler und internationaler Ebene unerlässlich sind, um ein anhaltendes, alle einschließendes und ausgewogenes Wirtschaftswachstum und eine nachhaltige Entwicklung herbeizuführen und Armut und Hunger zu beseitigen.“

Entsprechend liegt einer der Arbeitsschwerpunkte der internationalen Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung auf Demokratisierung, Zivilgesellschaft und politischer Teilhabe. Die Programme variieren je nach Lage und Land, aber sie folgen einer strikten Grundregel: „Politische Teilhabe zu fördern, heißt nicht, das Machtgefüge im Land von außen zu verändern“, so Katrin Schäfer. „Wir helfen, die Rahmenbedingungen zu setzen, den Dialog zwischen Staat und Zivilgesellschaft zu begünstigen, und qualifizieren Entscheidungsträger für eine teilhabeorientierte Politikgestaltung.“ Wie in Ägypten auf dem Tahrir-Platz, dem „Platz der Befreiung“. Dort stellt die GIZ im Auftrag des BMZ der jungen Demokratiebewegung eine Anlaufstelle zur Verfügung: Direkt neben dem inzwischen weltweit bekannten Ort im Herzen von Kairo wurde in Zusammenarbeit mit dem Goethe-Institut und der Deutschen Botschaft eine sogenannte „Tahrir-Lounge“ eröffnet. Seit April 2011 können sich Interessierte dort aufhalten, um Vorträgen über das neue Ägypten zuzuhören, an Schulungen und Trainings teilzunehmen oder einfach um sich mit anderen auszutauschen.

„Hier geht wirklich was ab“, beschreibt GIZ-Landesdirektor Roland Steurer das große Interesse an der Lounge. „Die Nachfrage ist enorm, das Angebot stimmt.“ Der Erfolg ist so groß, dass in Monofeya im Nildelta noch ein solcher Treff floriert und in Oberägypten zwei weitere in Vorbereitung sind. Geleitet werden sie in keinem der Fälle von Deutschen, in Kairo organisiert und koordiniert eine junge Ägypterin die Veranstaltungen. Ähnlich wie die Tunesierin Inès Abid hat sie im arabischen Frühling alles stehen und liegen lassen, um „ihrem Land nach der Revolution zu helfen“. Gefragt, was sie mit ihrer Arbeit zu erreichen gedenke, antwortete sie vor kurzem, sie wolle politisches Bewusstsein in der ägyptischen Bevölkerung wecken und ihre Landsleute über die Zusammenhänge der Politik informieren. Letztlich aber gehe es um: „Demokratie, Demokratie, Demokratie.“ Und die zu entwickeln, braucht Engagement und Zeit. ■

FOTOS: PAULO AMORIM/GRAN-ANGULAR/AGENTUR BILDERBERG (13), TREVOR SNAPP/CORBIS (14), MU DONG/XINHUA PRESS/CORBIS (17), PHILIPP HEDEMANN (18), GIZ (19), MATTHEW TK TAYLOR/DEMOTIX/CORBIS (20)

POLITISCHE TEILHABE IN ZAHLEN

67 Prozent der Deutschen haben Vertrauen in die Arbeit von Nicht-regierungsorganisationen und Wohlfahrtsverbänden, wenn es um die Bekämpfung der Armut geht. 62 Prozent aller EU-Bürger teilen diese Einschätzung.

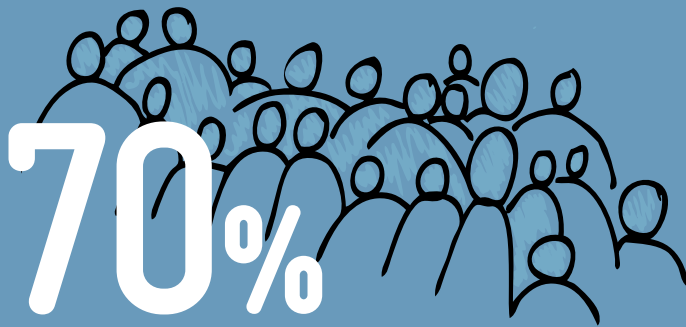
QUELLE: SPECIAL EUROBAROMETER 355, EU-KOMMISSION, 2010

67%

134.015

134.015 Deutsche haben im Jahr 2009 eine Online-Petition gegen das sogenannte Zugängerschwerungsgesetz unterzeichnet, das die Sperrung von Netzseiten mit bestimmten Inhalten vorsah. Damit ist diese Online-Abstimmung die bisher erfolgreichste in Deutschland.

QUELLE: PETITIONSAUSSCHUSS, DEUTSCHER BUNDESTAG



70 Prozent der finnischen Arbeitnehmer sind gewerkschaftlich organisiert - mehr als in jedem anderen Land.

QUELLE: OECD, 2010

3.382

3.382 Nichtregierungsorganisationen (NRO) hatten 2010 beratenden Status beim Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC). 1948 waren es nur 40; die Zahl ist seitdem kontinuierlich gestiegen. Neben ECOSOC beziehen zahlreiche weitere internationale Organisationen NRO bei ihren Entscheidungen ein. QUELLE: ECOSOC



Drei Millionen Menschen protestierten 2003 in Rom gegen den Einmarsch in den Irak. Die Demonstration ist die größte jemals registrierte Anti-Kriegs-Kundgebung.

QUELLE: PARTICIPATION: TRENDS, FACTS AND FIGURES, NATIONAL COUNCIL FOR VOLUNTARY ORGANISATIONS, 2011



94%

94 Prozent der wahlberechtigten Bundesbürger haben schon einmal gewählt oder können sich diese Form der politischen Teilhabe für sich vorstellen. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage von TNS Emnid im Sommer 2011. Die Mitgliedschaft in einer Partei kommt dagegen nur für 30 Prozent infrage.

QUELLE: TNS EMNID



» Außensicht AM GEMEINWOHL ORIENTIERT

Die Rolle der Zivilgesellschaft und die Bedeutung politischer Teilhabe für eine funktionierende Demokratie

> ZUR PERSON

Dr. h. c. Petra Roth ist seit 1995 Oberbürgermeisterin der Stadt Frankfurt am Main und steht seit einem Jahrzehnt gemeinsam mit ihrem Münchner Amtskollegen Christian Ude an der Spitze des Präsidiums des Deutschen Städtetages.

Frankfurt nimmt sich viel vor. Wir nennen das ehrgeizige Projekt Kulturcampus. Die Goethe-Universität verlässt ihren alten Campus. Dort könnten künftig Musiker, Tänzer, Schauspieler und andere Kulturschaffende eine gewaltige Sogwirkung entfalten, wenn sie sich in dem neuen Quartier ansiedeln. Wir wollen mit diesem zentralen Vorhaben unserer weiteren Stadtentwicklung ein Modell schaffen: als vorbildlicher Stadtteil, als entwicklungsfähiger Standort für Künstler, als ökologisch wertvolles Quartier.

Es soll ein Quartier werden, in dem Arbeiten, Kulturelles und Wohnen auf eine neue Art und Weise zusammengehen: Alte können dort barrierefrei leben, junge Familien finden in unmittelbarer Nähe Möglichkeiten der Betreuung. Klingt zu schön, um Wirklichkeit zu werden? Ganz im Gegenteil, die Politik des von mir gelenkten Magistrats steht für dieses durchaus ehrgeizige Projekt.

Deswegen legen wir großen Wert darauf, den Menschen zu vermitteln: Der Kulturcam-

pus ist ein tolles Projekt, für das man sich durchaus auf neue Wege wagen darf. Und deswegen haben wir Planungswerkstätten eingerichtet, um den alteingesessenen wie den neuen Bürgern ein Forum der Mitsprache zu bieten. Das Interesse der Frankfurter zeigt deutlich: Sie richten große Erwartungen auf das, was dort kommen könnte. Das Thema Kulturcampus setzt bürgerschaftliche Kräfte frei.

Das ist nicht von Anfang an so gewesen. Zunächst zeigten Ortsansässige eine gewisse Skepsis: Bestimmt würde es nur Hochkultur geben, mutmaßten sie, und bestimmt richte sich das Angebot an Wohnungen nur an Wohlhabende, für die Quadratmeterpreise von 15 Euro und mehr kein Problem seien. In diesen Anfängen der Debatte über den Kulturcampus wurde „Gentrifizierung“ zum oft bemühten Schlagwort. Das machte für alle Beteiligten deutlich: Alteingesessene fürchten um ihr angestammtes Quartier, stehen der Innovation mit großen Bedenken gegenüber.

Befürchtungen dieser Art lassen sich nur entkräften, das haben auch andere Formen po-

FOTOS: ALEX KRAUS



litischer Partizipation deutlich gemacht, wenn Bürger selbst für ihre Vorstellungen über die Entwicklung ihres Stadtteils werben können. Politische Partizipation in der funktionierenden Demokratie braucht zwei Voraussetzungen: Die Interessen der Bürger dürfen nicht allein als partikular erscheinen, sondern sollten sich auch an der Maßgabe des Gemeinwohls orientieren; gleichzeitig setzt das Gelingen von Partizipation bei Politikern voraus, dass sie sich

hat. Der Kulturcampus kann über die Stadt hinaus weites Interesse finden, soll aber keine Attraktion für Touristen sein.

Der Kulturcampus ist ein Vorzeigeprojekt in Zeiten der von vielen Politikern beschworenen Energiewende. Es mangelt den Städten nicht an Projekten für den weitgehenden Einsatz erneuerbarer Energien, doch ganz oben auf der Tagesordnung der Kommunen steht das Einsparen von Energie. Nur wenn dieses Vorha-

dort nicht auf der grünen Wiese, sondern mitten in der Stadt die Möglichkeit, 1.200 bis 1.500 Wohnungen zu bauen. Nicht irgendwelche Wohnungen. Frankfurt baut Wohnungen, in denen es auch möglich wird, neue Formen des Zusammenlebens auszuprobieren.

Ohne das Engagement ist ein Projekt in der Größenordnung des Kulturcampus Frankfurt nicht zu haben. Nicht jeder Wunsch wird sich dort, wie bei allen großen Projekten städtischer Infrastruktur, realisieren lassen. Aber ohne die Ideen derer, die in der Nähe jetzt bereits wohnen, und derer, die künftig auf dem Campus leben wollen, kommen solche Vorhaben nicht voran.

Der Kulturcampus macht deutlich: Die Bürgergesellschaft braucht das Konkrete kommunaler Politik. Das Leben des 21. Jahrhunderts spielt sich überall auf der Welt in den Städten ab. Aber die Städte spielen im föderalen Geflecht der Bundesrepublik keine angemessene Rolle. Deswegen bestehen wir als Protagonisten des Deutschen Städtetages auch darauf, bei der Energiewende und dem Wohnungsbau beispielsweise bei großen politischen Reformvorhaben unbedingt mitreden zu wollen.

In den Städten findet Politik zuallererst ihren Platz, weil man ihre Vertreter kennen und anfassen kann. Damit erwächst Politik eine Ressource, auf die sie nicht verzichten kann. Politik und Bürgergesellschaft brauchen so etwas, was man früher mal Tugend genannt hat. Heute sagt man: Politik und Bürgergesellschaft bedürfen der Leidenschaft derer, die sich in den Dienst der Sache stellen. Der gemeinsamen Sache. ■

Politiker müssen ernsthaft in die Diskussion gehen und dürfen die Auseinandersetzung mit dem Bürgerwillen nicht als lästige Pflicht empfinden.

ernsthaft mit den zur Diskussion stehenden Projekten befassen und die Auseinandersetzung mit dem Bürgerwillen nicht als lästige Pflicht empfinden.

Beide Voraussetzungen lassen sich mit Leben füllen. Das gelingt spätestens dann, wenn sich Projekte wie der Kulturcampus Frankfurt als bedeutend für die gesamte Entwicklung der Stadt erweisen und sich die wirklichen Dimensionen des Themas für alle erschließen. Dann geht es auch darum, dass ein Kulturcampus etwas ganz Besonderes werden kann, was auch das Interesse von Menschen außerhalb der Stadt findet. Aber der Kulturcampus soll Frankfurt nicht als Standortfaktor dienen wie in Bilbao das Guggenheim-Museum gebaut

ben konsequent umgesetzt wird, lässt sich die von Berlin angestrebte Energiewende aus den Kommunen heraus schaffen. Auf dem Kulturcampus soll Wärme aus Abwasser kommen, der Stellplatz für Automobile wegen der wie selbstverständlich wirkenden Carsharing-Angebote weitgehend unnötig werden und die Versorgung mit Fernwärme, gewonnen aus der Verbrennung von Müll, möglich sein. Die Energiewende braucht unbedingt das Gefühl, mitmachen zu können. Zu jedem politischen Engagement gehört heute die gute Idee für ein gutes Leben.

Vor allem aber ist vor jeder politischen Teilhabe die dritte Dimension des Projekts Kulturcampus zu erschließen: Frankfurt schafft

TECHNOLOGIESTANDORT JAPAN

WIE FUNKTIONIERT EIGENTLICH DAS LERNEN? Wie entwickelt sich die menschliche Intelligenz? Und welche Schlüsse lassen sich daraus für die Weiterentwicklung von Technologien ziehen? Diesen Fragen geht Dr. Joschka Boedecker im Asada Laboratory, einem Robotik-Forschungslabor an der Universität von Osaka, nach. Der Forscher ist Alumnus des Heinz Nixdorf Stipendienprogramms zur Förderung der Asien-Pazifik-Erfahrung deutscher Nachwuchsführungskräfte, das die GIZ im Auftrag der Heinz Nixdorf Stiftung durchführt.

Fotografin: Julie Platner





In der Ölmühle von Ao Luek wird den Palmfrüchten das begehrte Öl entzogen. Es findet in der Kosmetik- und Lebensmittelindustrie Verwendung und wird auch zu Biodiesel verarbeitet.

MIT GUTEM GEWISSEN

Palmöl hat ein schlechtes Image, weil vielerorts Urwald gerodet wird, um Ölplantagen anzulegen. Doch es geht auch anders. In Thailand praktizieren Kleinbauern nachhaltigen Anbau und beweisen damit Weitblick. Denn immer mehr Konzerne kaufen nur „sauberes“ Palmöl.

Text Rolf Obertreis

Die seitlichen Gitter können die Fracht gerade so halten. Der rote Pick-up ist über-voll. Samdet Jinda stört das wenig. Er steuert das Auto an die großen Haufen von Büscheln mit Ölpalmfrüchten, die sich vor der Ölmühle der Firma Univanich in Ao Luek, 60 Kilometer nördlich des südthailändischen Urlaubsortes Krabi, aufgetürmt haben. Zwei Mitarbeiter der Palmölmühle ziehen die Büschel mit langen Stangen von der Ladefläche. Knapp 2,8 Tonnen Früchte liefert Jinda an diesem Tag ab; sechs Baht pro Kilo, insgesamt rund 16.800 Baht – etwa 410 Euro – zahlt die Mühle. Jinda ist zufrieden. Seine Kleinplantage mit 20 Hektar liegt in Baan Kaokane, rund 20 Kilometer von Ao Luek entfernt. Jedes Jahr liefert sie etwa 240 Tonnen Früchte. Damit gehört Jinda zu den größeren der Kleinbauern in der Region: Im Schnitt umfassen die Plantagen vier Hektar und bringen pro Jahr etwa 60 Tonnen Früchte.

Den Kleinbauern in der Region Krabi, die auf Ölpalmen setzen, geht es bei einem Jahreseinkommen von etwa 9.000 Euro nicht schlecht, sagt Daniel May von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ). Auto, Motorrad, Fernseher und Handy zählen zu den Statussymbolen. Die Aussichten für die Bauern sind gut: Der Bedarf an Palmöl wächst weltweit rapide, vor allem wegen des steigenden Wohlstands in Schwellenländern wie China und der sich dort ändernden Ess- und Konsumgewohnheiten. Auch der Klimaschutz und die Suche nach Alternativen zu Rohöl sprechen für nachhaltiges Palmöl. In Thailand ist es der wichtigste Rohstoff für Biodiesel. Nach Berechnungen der GIZ reduziert die Nutzung von »

THAILAND



> THAILAND.

Hauptstadt: Bangkok

Einwohner: 69,5 Mio.

Anteil der Stadtbevölkerung: 34,4 %

Anteil der Menschen, die in extremer Armut leben: 10,8 %

Lebenserwartung: 74,1 Jahre

Rang im Human Development Index: 103 (von 187)

Quelle: Human Development Index 2011

AUF EINEN BLICK

- Nachhaltige Palmölproduktion
- Auftraggeber: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)
- Laufzeit: 2009 bis 2012

Mit Mitteln der Klimaschutzinitiative fördert das BMU die Einführung internationaler Nachhaltigkeitsstandards in der thailändischen Palmölproduktion und die Zertifizierung von Anbau und Weiterverarbeitung. Ölpalmen stehen dort zu 80 Prozent in kleinbäuerlichen Pflanzungen. Das Projekt arbeitet mit vier Ölmühlen und 1.000 Kleinbauern zusammen. Betriebsführung, nachhaltige Anbaumethoden und Ertragsverbesserung stehen im Mittelpunkt. Die Kleinbauern profitieren auch von verbessertem Gesundheits- und Arbeitsschutz. Das bei der Ölherstellung anfallende Methan wird energetisch genutzt und trägt zur Verminderung klimaschädlicher Emissionen an anderer Stelle bei. Die Ölmühlen haben sehr gute Treibhausgasbilanzen und entsprechen jetzt internationalen Vorgaben zur Minderung von Treibhausgasen. Die ersten Nachhaltigkeitszertifikate für Palmöl aus Thailand werden in der ersten Jahreshälfte 2012 verfügbar.

👉 www.bmu-klimaschutzinitiative.de



1 Viele Kleinbauern erwirtschaften mit Palmöl ein gutes Einkommen. 2 Die Palmbüschel mit den Ölfrüchten werden mit langen Stangen abgeladen. 3 Experten beraten Kleinbauern bei der Umstellung auf den nachhaltigen Anbau von Ölpalmen. 4 In der Mühle wird den Palmfrüchten das kostbare Öl entzogen.

Palmöl den Ausstoß von Treibhausgasen im Vergleich zu fossilen Kraftstoffen um 60 Prozent. Und für Palmölplantagen wird in Thailand kein Regenwald abgeholzt. Es werden ohnehin brachliegende Reisfelder genutzt.

Palmöl ist besser als sein Ruf

Auch in Deutschland ist Palmöl im Supermarkt allgegenwärtig. Palmöl und Palmkernöl stecken in Margarine, Pizza, Schokolade, Schokoriegeln, Gummibärchen, Keksen und Eiscreme, aber auch in Kosmetika, Wasch- und Reinigungsmitteln. „Fast die Hälfte aller Produkte im Supermarkt enthält Palmöl“, sagt May. Grund: Im Vergleich zu Raps, Sonnenblumen oder Soja sind Ölpalmen mit rund 3,5 bis 4 Tonnen pro Hektar um den Faktor drei bis vier ertragreicher. 2010 wurden weltweit rund 51,2 Millionen Tonnen Palmöl und Palmkernöl verbraucht, davon etwa 1,3 Millionen Tonnen in Deutschland. Größte Produzentenländer sind Malaysia, Indonesien, Papua-Neuguinea

und Kolumbien. Thailand spielt mit einem Anteil von drei Prozent eine untergeordnete Rolle.

„Palmöl ist kein schlechtes Öl“, sagt Martina Fleckenstein vom World Wide Fund for Nature (WWF). Aber das Image ist mies. Kein Wunder: Seit 1990 hat sich die Anbaufläche verdoppelt, in Indonesien gar verzehnfacht. Dort und in Malaysia wurden und werden für Ölpalmplantagen Tropenwälder zerstört. Andernorts widmet man wertvolles Ackerland um, auf Borneo legt man immer noch Torfmoore trocken, das dort in großen Mengen gebundene und gespeicherte, klimaschädliche Kohlendioxid wird freigesetzt. Hersteller von Reinigungs- und Nahrungsmitteln, von Kosmetika und Cremes stehen deshalb seit Jahren massiv unter Druck. Greenpeace etwa hat 2010 Kosmetika von Unilever und Schokoriegel von Nestlé gebrandmarkt.

2004 wurde auf Initiative des WWF der „Runde Tisch Palmöl“ gegründet. Der freiwillige Zusammenschluss von Organisationen und

Firmen hat Kriterien für eine nachhaltige Produktion entwickelt und offeriert eine Zertifizierung. Weltweit erfüllen heute 24 Plantagen und fast 100 Ölmühlen die Vorgaben. Allerdings macht zertifiziertes Palmöl mit rund fünf Millionen Tonnen nicht einmal zehn Prozent des jährlichen globalen Verbrauchs aus. Fast 50 deutsche Firmen sind heute beim „Roundtable on Sustainable Palm Oil“ (RSPO) dabei, unter anderem die Aachener Printen- und Schokoladenfabrik Henry Lambert, Bahlsen, Bayer CropScience, Beiersdorf, Griesson - de Beukelaer, Haribo, Henkel und REWE. Ein „Forum für nachhaltiges Palmöl“ soll zudem den Anteil von nachhaltig produziertem Palmöl in Deutschland signifikant steigern und damit die Umstellung auf nachhaltigen und zertifizierten Anbau in den Produzentenländern forcieren.

Hier setzt das Projekt an, das die GIZ in Thailand seit 2009 im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) durchführt. GIZ-Berater May und seine 13 überwiegend einheimischen



Mitarbeiter beraten Kleinbauern beim Umstieg auf den nachhaltigen Anbau. Das Vorhaben ist Teil der Klimaschutzinitiative, die sich aus der Versteigerung von Emissionszertifikaten finanziert. Bis Mitte 2012 hat das BMU 3,5 Millionen Euro bereitgestellt.

Längst ist Kleinbauern wie Jinda, aber auch Univanich-Geschäftsführer John Clendon klar, dass sie ihre Zukunft ohne nachhaltiges Palmöl aufs Spiel setzen. Univanich gilt als Vorzeigebetrieb. Die eigenen Plantagen werden nur auf zuvor aus anderen Gründen stillgelegte Reisfelder ausgeweitet. Thailand ist nach Vietnam der weltweit zweitgrößte Reisexporteur, gilt nach Angaben der Welternährungsorganisation FAO als „food secure“ und ist damit zur Versorgung der eigenen Bevölkerung nicht auf diese Felder angewiesen. Univanich hilft den Kleinbauern, die unter anderem bislang Reis angebaut haben, bei der Umstellung. Oder ehemaligen Mitarbeitern, die sich mit einer kleinen Ölpalmplantage selbstständig machen. Die Mühle unterhält eine eigene Forschung für ertragreicheres Saatgut,

das mittlerweile in zehn Ländern verkauft wird. Das bei der Ölherstellung entstehende Methanogas wird zur Produktion von Strom genutzt, der ins öffentliche Netz fließt. „Im vergangenen Jahr haben wir 2.000 Haushalte versorgt und den Ausstoß von 90.000 Tonnen CO₂ vermieden“, sagt Clendon. „Es geht aber auch um Sozialstandards.“ Also um faire Löhne und um gute Arbeitsbedingungen.

Ein Weg in die Selbstständigkeit

Akapir Kamnoo gehört auch zu den Lieferanten von Univanich. Der 36-Jährige steht in seiner zwölf Hektar großen Plantage. In der Hand hält er ein Handy, den Mittelfinger ziert ein Ring, das Handgelenk ein Silberkettchen. Wie ein traditioneller Kleinbauer wirkt Kamnoo nicht. „Viele sind heute eher Plantagenmanager“, sagt May. „Manche beschäftigen einige Mitarbeiter, für die Ernte auch Tagelöhner.“ Stolz hält Kamnoo ein grünes Kärtchen in die Höhe. Es weist ihn als einen von 500 „Small-Holdern“ aus, die von der GIZ betreut werden. „Früher habe ich in der Mühle gearbeitet, heute bin ich mein eigener Chef und verdiene mehr.“ Aber Kamnoo weiß auch, dass er den Ertrag steigern, die Kosten senken, die Organisation verbessern und die Sicherheit erhöhen muss. „Es geht auch mit weniger Dünger, wir lassen einfach Palmblätter und Gras zwischen den Palmen am Boden verrotten.“ Kamnoo kennt heute den besten Zeitpunkt für die Ernte, zu dem die Früchte den höchsten Ertrag abwerfen.

Noch bringt ihm die auch wegen der detaillierten schriftlichen Dokumentation aufwendige Umstellung keine höheren Einnahmen. Allenfalls bekommt er dank des „Small-Holder“-Kärtchens den Dünger günstiger und kann an der Univanich-Mühle mit seinem Pick-up an der oft langen Fahrzeugschlange vorbei direkt an die Abladerampe fahren. Kamnoo weiß um die kritischen Palmöldiskussionen in Europa. Er weiß vor allem, dass seine Chancen ohne den Nachweis einer nachhaltigen Produktion schwinden. Shell Thailand wird ab Anfang 2012 nur noch zertifiziertes Palmöl aufkaufen, thailändische Lebensmittelkonzerne ab 2015.

Auch deutsche Unternehmen setzen zunehmend auf „sauberes Öl“ und sind bereit, da-

für mehr zu zahlen. Henkel verwendet seit 2008 bei der Tenside-Produktion für Wasch- und Reinigungsmittel nachhaltiges Palmöl. Bis 2015 soll komplett umgestellt sein, sagt Mareike Klein, bei Henkel für Nachhaltigkeit zuständig. Der Bonner Süßwarenhersteller Haribo verfolgt eine ähnliche Strategie, REWE will seine Eigenmarken ab Ende 2012 ausschließlich mit sauberem Palmöl produzieren. Die pro Jahr benötigten 15.000 Tonnen sollen in separaten Tanks angeliefert werden, die Lieferkette von der Palme bis ins Supermarktregal geschlossen sein.

Zertifiziertes Palmöl kommt bislang kaum in Deutschland an. Wenn, dann allenfalls als Beiladung in geringen Mengen. Henkel kauft deshalb Zertifikate für nachhaltiges Palmöl und setzt so auf den indirekten Bezug. Weltweit wurden so bislang 14 Millionen Dollar eingenommen, die über die Handelsplattform Greenpalm an zertifizierte Ölpalmen-Bauern gegangen sind. „Je größer die Nachfrage nach Zertifikaten wird, desto mehr nachhaltiges Palmöl wird es auf dem Markt geben“, sagt Henkel-Managerin Klein.

Dazu möchte Kamnoo beitragen, aber auch davon profitieren. „An der Zertifizierung geht kein Weg vorbei. Aber der Preis müsste dann steigen. Fünf bis zehn Prozent mehr sollten es schon sein.“ Spätestens Mitte 2012 will er die Zertifizierungs-Urkunde in der Hand halten. Die 500 Kleinbauern sollen, so GIZ-Projektleiter May, zum Vorbild für alle Ölpalmenpflanzer in Thailand werden, genauso wie für Bauern in Asien, Afrika und Südamerika. Auch Univanich-Chef Clendon setzt auf die sauberen Ölpalmbüschel. Dann kann er sein Palmöl besser und teurer verkaufen. Gewinnen würden dann alle: die Kleinbauern, Umwelt und Klima, die Ölmühlensfirma Univanich, das Image von Henkel, REWE und Co. und auch deutsche Verbraucher. Im Supermarkt könnten sie mit gutem Gewissen zu Palmölprodukten greifen, weil sie mit jedem Kauf unmittelbar die nachhaltige Produktion dieses nachwachsenden Rohstoffs unterstützen. ■

► ANSPRECHPARTNER

Daniel May >
daniel.may@giz.de



ZIEGEN IM FOKUS

In Kenia unterstützt Deutschland privatwirtschaftliche Initiativen in der Landwirtschaft. Insbesondere der Aufbau von Produzentenverbänden hat sich bewährt. Die Zahlen belegen: Im Verband organisierte Kleinbauern produzieren und verdienen mehr.

Text Michael Netzhammer

Der Weg zu Charity Wakiuru Githae führt von der Straße einen kleinen Hang hinauf. In der roten, fruchtbaren Erde wachsen Bohnen, Mais und Kartoffeln. Links des Pfades stehen Kaffeesträucher und Bananestauden. Inmitten von blühendem Hibiskus und lilafarbenen Bougainvilleen befindet sich ihr Zuhause: Mehrere dicht

beisammenstehende Holzhäuser schirmen den offenen Innenraum ab. Vor dem Anwesen schweift der Blick über eine grün, intensiv bewirtschaftete Landschaft. Bei klarer Luft ragt Kenias Wahrzeichen, der Mount Kenya, in den Horizont. Die Kenianerin hat Stühle in den Schatten gestellt. Nun erzählt sie ihre Geschichte. „Früher mussten wir auf

den Feldern der Nachbarn arbeiten, um etwas dazuzuverdienen. Jetzt aber haben wir unser Zuhause ausgebaut. Und wir können unseren Sohn in Nairobi unterstützen, der gerade ein Bekleidungsgeschäft eröffnet“, sagt sie.

Den Grundstein für ihren bescheidenen Wohlstand legte sie vor nunmehr 17 Jahren – mit dem Kauf einer Ziege. Momentan stehen



1 Die Mitgliedschaft in einem Produzentenverband zahlt sich für die Kleinbauern aus. 2 Die Ziegenzüchter bilden sich bei Schulungen ihres Verbandes weiter. 3 Milch wird für den Eigenbedarf und zum Verkauf produziert. 4 Das richtige Futter ist maßgeblich für die Qualität von Milch und Fleisch.

vier Milchziegen und vier Jungziegen in kleinen, überdachten Holzställen. Das Futter wächst auf ihrem Land. „Die Milch verkaufe ich an meine Nachbarn. Geld bringt aber vor allem der Verkauf von jungen Ziegen“, sagt die Mutter von drei erwachsenen Kindern. Rund 15.000 Kenia-Schilling ist eine weibliche Ziege, 10.000 ein Jungbock wert. Das sind 135 beziehungsweise 90 Euro – viel Geld, zumal sie pro Jahr sechs Jungtiere verkaufen kann.

Know-how für die Aufzucht

Wie sie die Ziegen halten, füttern und vor Krankheiten schützen soll, das hat Charity Wakiuru Githae in den Workshops des Milchziegenverbandes Dairy Goat Association of Kenya gelernt. Dessen Präsident Julius

Kang'ee ist mit George Waroga Kamau vom Ministerium für Viehzucht in die Provinz Central gefahren. Der Milchziegenverband, so erzählt Julius Kang'ee, organisiert die Bauern in kleinen Gruppen, veranstaltet regelmäßige Fortbildungen, hat ein Netz von Veterinären aufgebaut und betreibt Marketing. „Vor allem aber unterstützen wir die Bauern bei der Aufzucht der Ziegen. Wir registrieren die Tiere und versorgen die Bauern mit Zuchtböcken“, sagt der ehemalige Lehrer. Dass der Milchziegenverband funktioniert und finanziell unabhängig ist, verdankt er auch der Unterstützung durch das kenianisch-deutsche Entwicklungsprogramm „Förderung des Privatsektors in der Landwirtschaft“. In diesem Programm kooperieren die Ministerien für Landwirtschaft, Fischerei und Viehzucht sowie Verbände und Unternehmen. Von deut-

scher Seite engagiert sich die GIZ im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

„Die Landwirtschaft bildet die Grundlage der kenianischen Wirtschaft. In ihr sind 70 Prozent aller Menschen beschäftigt“, sagt George Waroga Kamau. Ihre Potenziale sind längst noch nicht ausgeschöpft. Im Rahmen des Programms sollen sie erschlossen werden. Im Fokus stehen dabei acht Produkte: Ziegen, Kartoffeln, Süßkartoffeln, Mangos, Passionsfrüchte, Fisch, Geflügel und Rindfleisch.

Jedes Produkt verlangt eine eigene Strategie. Ein höherer Verdienst für Bauern und Produzenten hängt nicht allein von der produzierten Menge ab. Entscheidend ist auch, wie die Bauern ihre Produkte verarbeiten, lagern, transportieren und vermarkten. »



Charity Wakiuru Githae hat es mit ihrer kleinen Ziegenzucht zu bescheidenem Wohlstand gebracht. Bei der Vermarktung ihrer Produkte bekommt sie Unterstützung vom Ziegenzüchterverband.

Verluste, sowohl bei der Ernte als auch beim Transport, müssen minimiert werden; ein verbessertes Marketing erhöht die Absatzchancen. All das kommt nicht nur den Kleinbauern und Verarbeitungsbetrieben zugute: „Wenn die Bauern mehr produzieren und weniger Lebensmittel verderben, verbessert sich damit auch die Lebensmittelversorgung der übrigen Bevölkerung“, sagt Programmleiterin Andrea Bahm von der GIZ in Nairobi.

Dafür ist es allerdings auch notwendig, die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für landwirtschaftliche Produkte zu verändern. Außerdem muss der private Sektor gestärkt werden. „Das geht nur, wenn wir die Fähigkeiten von Bauern und Kleinunternehmern fördern und gleichzeitig sicherstellen, dass sie die nötige Unterstützung erhalten“, sagt Andrea Bahm. Beispiel Milchziegen: Wie schützt ein Züchter seine

Milchziegen vor Parasiten? Welches Futter brauchen sie? Wie lässt sich Milch besser vermarkten? Und wo bekommt zum Beispiel Ziegenzüchterin Charity Wakiuru Githae Hilfe, wenn ihre Tiere erkranken?

Die Züchter müssen also regelmäßig geschult werden und sie müssen im Notfall auf schnelle Hilfe zurückgreifen können. Den einzelnen Bauern zu schulen, wäre jedoch zu aufwendig. Deshalb wird im Rahmen des Programms die Selbstorganisation der Bauern in Genossenschaften oder in Selbsthilfegruppen gefördert und der Aufbau von Verbänden unterstützt. Vorausgesetzt, dass diese ihre Mitglieder entsprechend beraten und ausbilden können. Die Verbände sollen sich über Mitgliedsbeiträge und Servicegebühren selbst finanzieren. Die Ergebnisse sprechen für sich: Durch die Ziegenzucht sind zahlreiche Gelegenheitsjobs entstanden, zum Bei-

spiel beim Futteranbau und bei der Futterzubereitung, beim Melken, Ausmisten und beim Verkauf. Außerdem haben die im Verband organisierten Ziegenbauern rund 7,5 Millionen Euro mehr verdient als in anderen Jahren, pro Züchter also mehr als 550 Euro.

Neue Zuchtmethoden und gute Haltung erhöhen den Erfolg

Bis dahin war es freilich ein langer Weg, erinnert sich Julius Kang'ee vom Ziegenzüchterverband. „Früher liefen die Ziegen frei herum, die Tiere litten unter Parasiten, sie gaben wenig Milch, die Aufzucht geschah vollkommen unorganisiert und uns fehlte es an Wissen und den richtigen Methoden.“

An den Ziegen von Charity Wakiuru Githae lassen sich die Fortschritte erkennen. Wie alle Mitglieder hält die 48-Jährige ihre Tiere in teilweise überdachten und erhöhten Holzställen. „So kann der Urin abfließen und meine Ziegen müssen nicht mehr auf dem Boden liegen“, erklärt sie. Außerdem achtet die Züchterin auf eine ausgewogene Ernährung, entwirmt ihre Tiere alle drei Monate und beschneidet die Hufe der Tiere. All das hat sie auf Seminaren des Verbandes gelernt. „Deshalb sind die Tiere unserer Mitglieder seltener krank – und wenn, dann ruft Charity per Mobiltelefon einen von uns geschulten Veterinär an“, erklärt Kang'ee.

Dass die Ziegenzüchter heute mehr verdienen, liegt auch an der Aufzucht. Kenianische Milchziegen geben am Tag nicht mehr als einen halben Liter Milch. „Wir haben deshalb schon in den 1990er Jahren mit deutscher Unterstützung alpine Ziegen importiert und diese mit kenianischen Ziegen gekreuzt“, erzählt der Präsident. Die Milchleistung liegt im Durchschnitt bei für kenianische Verhältnisse guten zwei bis drei Litern pro Tag. Manche Tiere bringen es sogar auf fünf Liter Milch täglich. Jeder Liter bringt auf dem Land zwischen 35 und 65 kenianische Schilling (30–60 Eurocent) und bis zu 155 Schilling (1,40 Euro) in Nairobi.

Für eine nachhaltige Zucht sollten verwandte Tiere nicht miteinander gekreuzt, Erbfehler vermieden werden. Gleichzeitig soll

eine kontrollierte Zucht die Milchleistung der Tiere steigern. Deshalb hat der Verband ein Kataster mit Stammbäumen aufgebaut. Außerdem organisiert er die Ziegenbauern in Selbsthilfegruppen. Jede dieser Gruppen kauft einen Bock. Welcher Bock für welche Gruppe infrage kommt, legt der Verband anhand der jeweiligen Stammbäume fest. Für seine Leistungen erhebt er bei seinen Mitgliedern eine jährliche Grundgebühr.

Die Registrierung der Tiere, Besuche der Veterinäre und die Trainings muss Charity Wakiuru Githae ebenfalls bezahlen. Und für jede verkaufte Ziege tritt die 48-Jährige zehn Prozent der Erlöse an den Verband ab. „Dank der Gebühren und Mitgliedsbeiträge sind wir unabhängig von staatlichen Leistungen, wir können unser Angebot aufrechterhalten und investieren“, sagt Kang’ee. Bisher vertritt der Verband 13.000 Mitglieder. Es gibt aber noch rund 934.000 unorganisierte Ziegenbauern in Kenia. Deshalb will Julius Kang’ee in weitere Provinzen expandieren. Das Ziel der Verbandsarbeit ist es, die Milchproduktion zu erhöhen, denn nur so können die Milchbauern die Märkte zum Beispiel in Nairobi entwickeln. Damit verbindet Julius Kang’ee große Chancen. Die Herausforderungen jedoch sind ebenfalls gewaltig: Die Milch müsste eingesammelt, steril verarbeitet und transportiert werden.

Unternehmerische Perspektiven für die Ziegenzüchter

Nicht alle Milchbauern teilen diese Vision. Charity Wakiuru Githae will auch künftig nur so viele Ziegen halten, wie sie selbst ernähren kann. Ein anderer hingegen, David Riuwa Kabui, ist von dieser Idee begeistert. Der 28-Jährige lebt einige Kilometer entfernt. Er hat im Jahr 2000 mit der Ziegenzucht begonnen und mit den Einnahmen seinen Besuch einer weiterführenden Schule finanziert. „Mein Ziel sind 100 Ziegen“, sagt er. Um so viele Tiere füttern zu können, hat er damit begonnen, den Futtermais zu schreddern, zu fermentieren und einzulagern. „Damit kann ich die Tiere nicht nur schneller, sondern auch das ganze Jahr über füttern“, sagt der

junge Mann. Genügend Frischfutter gibt es nämlich in den trockenen Monaten nicht. Nun will er seinen Ziegenbestand nach und nach vergrößern. Schon heute hat er seine Zukunft vor Augen. „100 Ziegen geben so viel Milch, dass es sich lohnen würde, die

Milch in größere Städte zu liefern und dafür einen Geländewagen mit Ladefläche zu kaufen.“ ■

> ANSPRECHPARTNERIN

Andrea Bahm > andrea.bahm@giz.de

KENIA



> KENIA

- Hauptstadt: Nairobi
- Einwohner: 41,6 Mio.
- Anteil der Stadtbevölkerung: 22,5 %
- Anteil der Menschen, die in extremer Armut leben: 19,7 %
- Lebenserwartung: 57,1 Jahre
- Rang im Human Development Index: 143 (von 187)

Quelle: Human Development Index 2011

AUF EINEN BLICK

- Privatsektorförderung in der Landwirtschaft
- Auftraggeber: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
- Partner: Ministerium für Landwirtschaft
- Laufzeit: 2003 bis 2013

Farmen und Agroindustrie erwirtschaften rund die Hälfte des kenianischen Bruttosozialprodukts. Wichtige Exportgüter sind Tee, Gemüse, Schnittblumen und Kaffee. Dennoch müsste das jährliche Wachstum im landwirtschaftlichen Sektor höher sein, um die alarmierende Situation der verarmten Landbevölkerung entscheidend zu verbessern. Vielen Bäuerinnen und Bauern fehlen die Kenntnisse, um ihre Erträge zu steigern, und sie haben keinen Marktzugang. Zudem verstärkt das hohe Bevölkerungswachstum den Druck auf die natürlichen Ressourcen. Die Bodenfruchtbarkeit nimmt ab, Entwaldung und Erosion schreiten fort.

Im Auftrag des BMZ verbessert die GIZ mit einem breit angelegten Beratungsansatz die staatlichen Rahmenbedingungen für den Agrarsektor und für privatwirtschaftliche Initiativen, so dass Arbeitsplätze entstehen und die Einkommen kleiner und mittlerer Betriebe sowie ihrer Beschäftigten steigen. Sie fördert auch die Einführung ökologisch nachhaltiger Anbau- und Verarbeitungsweisen in der Landwirtschaft und die Verbesserung des Zugangs zu regionalen und internationalen Märkten. Weitere Beratungsansätze beziehen sich auf die Nutzung von Biogas, die Einführung brennholzsparender Herde, mögliche Produktivitätssteigerungen und Produktions- und Transportkosten. Allen Initiativen liegt ein marktorientierter, ganzheitlicher Entwicklungsansatz zugrunde, der systematisch alle Akteure, Waren- und Dienstleistungsströme einer Wertschöpfungskette betrachtet und über Entwicklungspartnerschaften (PPP) die Wirtschaft miteinbezieht.

CAJAMARCAS GROSSE CHANCE

Kleinbauern in Peru drängen mit einer kaum bekannten Baumfrucht auf den Markt: Tara ist begehrt als Zutat in der Lebensmittelindustrie und in der pflanzlichen Ledergerbung. Doch damit Tara den Produzenten Wohlstand bringt, muss es nachhaltig genutzt werden.

Text Peter Korneffel



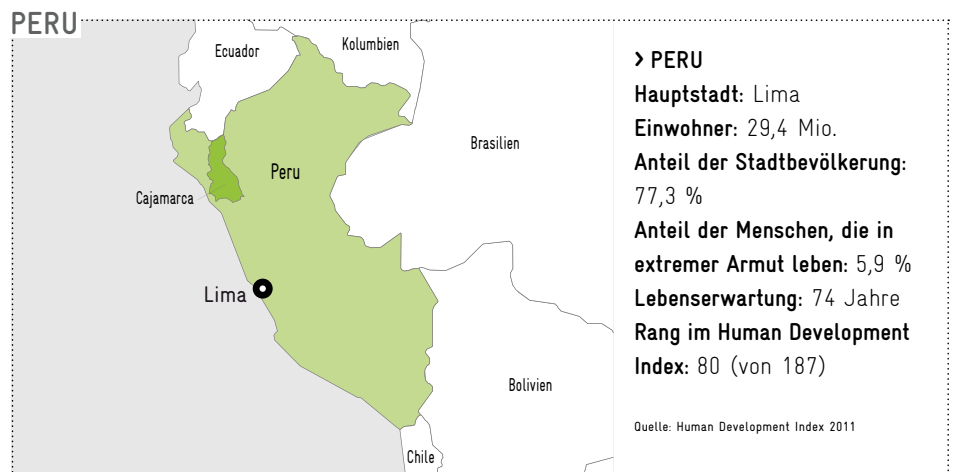
Die Tarafrucht ist unscheinbar, lässt sich aber vielseitig verwenden. Peruanischen Kleinbauern beschert sie ein hochwillkommenes Zusatzeinkommen.

Es ist Mittwochnachmittag an einer Straßenecke in San Marcos, Provinz Cajamarca, dem „Land der Dornen“ im Norden Perus. Das Blechrollo des Eckhauses ist geöffnet. Drinnen lassen junge Männer schwere Säcke von den Schultern auf eine Waage rutschen. Beim Lichtspiel der roten Zahlen im Display entspannen sie für einen Moment. Dann schultern sie die Last erneut und steigen eine Holzleiter hinauf auf die riesige Ladefläche des Sattelschleppers aus Lima. Bis zur Abenddämmerung werden die Männer noch mehr als 300 Mal die Leiter hinaufklettern. So errechnet es Isabel Machuca. Die Ver-

kaufsassistentin der örtlichen „Asociación de Productores de Tara“, der Vereinigung von Taraproduzenten, sitzt auf ein paar Säcken im Eingang, die Ladung und die Waage stets im Blick, Taschenrechner und Block auf dem Schoß. „Etwa 23 Tonnen Tara werden wir heute verladen. Dafür bekommen wir im Moment etwa 120 Soles pro Zentner. Das ist nicht schlecht.“ 120 Soles sind beinahe 35 Euro. Damit bringt Tara zehnmal so viel ein wie noch vor ein paar Jahren. Mittlerweile finden 20.000 kleinbäuerliche Familien in Cajamarca, wo die Statistiker seit Jahrzehnten bedrückende Armutszahlen von mehr als 50 Prozent registrieren, eine neue

Einkommensquelle. In dem verschlafenen Nest San Marcos, das kein Reiseführer kennt, bahnt sich etwas an: Durch Tara sollen sich die Lebensumstände in Cajamarca zum Besseren wenden.

Tara ist eine unscheinbare Hülsenfrucht der Anden. Früher gab es ganze Wälder von Tara im westlichen Südamerika, heute säumen die buschartigen Bäume die Felder der Kartoffel- und Getreidebauern. Die Blätter der Bäume ähneln in der Form denen der Esche, die Blüten sind klein und weiß, die Hülsen leuchtend orange, bevor sie braun und trocken werden. Ihre Samen ähneln Linsen. »



AUF EINEN BLICK

- Programm Nachhaltige Ländliche Entwicklung
- **Auftraggeber:** Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
- **Partner:** Peruanische Behörde für die internationale Zusammenarbeit
- **Laufzeit:** 2003 bis 2015

In den ländlichen Gebieten Perus werden die natürlichen Ressourcen wenig nachhaltig genutzt und oft zerstört. Alternative Einkommensquellen außerhalb der Landwirtschaft fehlen, Klimawandel und Naturkatastrophen verschärfen die Situation. 60 Prozent der Menschen gelten als verarmt. Die GIZ unterstützt im Auftrag des BMZ peruanische Regionalregierungen und Behörden bei der Erarbeitung und Anwendung von Strategien zur nachhaltigen Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen. In den Regionen Piura, Cajamarca, Amazonas und San Martín werden zudem Teile der kleinbäuerlichen Produktion in Binnen- und Exportmärkte integriert. Hiervon haben bislang 1.500 Produzenten direkt profitiert. Die GIZ bildet Fachkräfte für das Management von Naturschutzgebieten und Biokorridoren, für die Anpassung an den Klimawandel und für die Umweltkommunikation und -bildung aus.

Maria Elena Rubio Leiba produziert Tara und ist gleichzeitig eine von zehn Aufkäuferinnen einer Bauernvereinigung in der abgelegenen Landgemeinde Limapampa. Auf ihrem kleinen Grundstück geht sie selbst Anfang Oktober zur letzten Taraernte hinaus. „Früher haben wir Tara als Grippemittel genutzt und das Mehl aus den Kernen zur Heilung von offenen Wunden“, erinnert sich die Bäuerin. Sie balanciert den langen Bambusstab in die Krone und schlägt die sonnengedörrten Hülsen vom Baum. „Mein Vater war Schuster. Der hat die Tara zum Gerben von Rindsleder benutzt. Irgendwann hörten wir dann, dass sie in San Marcos Tara aufkaufen.“ Jetzt bückt sie sich und sammelt Hunderte von Hülsen in ihren Tüchern ein. „Deswegen haben wir uns zur Erntezeit Esel geliehen. Die Wege hier waren schrecklich. In San Marcos haben sie uns für den Viertelzentner drei Soles gezahlt.“ Die Tara ist heute die einzige Frucht, die Maria Elena verkauft. Alles andere von den Terrassen ihrer „chacra“ verbrauchen sie und ihre Familie selbst: die Kartoffeln, den Mais, die Yucca und das,

was der kleine Garten und die Kuh hergeben. Maria Ana Rubio Cerdán ist Maria Elenas Tante. Sie lebt im Nachbardorf Paucamarca und ist schon 78. An die Rezeptur, mit der ihr Mann früher das Leder gerbte, erinnert sich noch genau: „Zuerst musst du Kalk kaufen. Einen Monat lang wäschst du das Leder weiß. Dann kochst du eine Suppe mit der Tara. In die legst du das Leder zwei oder drei Tage. Das musst du zweimal wiederholen.“

Gelegentlich findet man heute noch Taraerberer im Umland von San Marcos. Einer der letzten von ihnen ist der 67-jährige José Estanislao Melendez. Aus einem Tonkrug zieht er einen etwas unansehnlichen Fetzen. „Ich lege das Leder acht Tage in Kalk und danach acht Tage in eine kalte Tarabrühe“, lautet sein Rezept für extrem robustes Leder. Hinter dem Haus demonstriert er, wie er das gegerbte Leder nutzt. Dort stehen zwei Ochsen stoisch am Feldrand. Ein schweres Joch verbindet ihre Nacken zu einem festen Gespann. Und José Estanislao könnte kein besseres

onsmittel werden die Tannine und die daraus hergestellte Gallussäure auch zur Konservierung von Lebensmitteln, Sonnencremes und Medikamenten eingesetzt. Dabei bauen sie zudem einen natürlichen Schutz gegen Viren und Bakterien auf. Mehr noch: Das Tarakernmehl ist ein beliebtes, geschmacksneutrales Verdickungsmittel für Lebensmittel.

Vielfalt erhalten, Tradition bewahren

Seit 2007 unterstützt die GIZ im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) Bauernvereinigungen unter anderem in der Region Cajamarca bei der Produktion und Vermarktung von einheimischen Produkten wie Tara. Ein Ziel des peruanisch-deutschen Programms „Nachhaltige Ländliche Entwicklung“: Durch nachhaltige Nutzung der regionalen Erzeugnisse soll die biologische Vielfalt erhalten bleiben, aber auch das Wissen um die traditionellen Verarbeitungsmethoden.

Die Beratung ist eingebettet in das nationale Projekt „Perúbiodiverso“, das von der Schweizer Kooperation SECO mitfinanziert und von peruanischer Seite vom Ministerium für Außenhandel und Tourismus getragen wird. „Perúbiodiverso“ will den Umsatz und die Rentabilität von Firmen und Produzenten verbessern, die Nachhaltigkeitsstandards beim Handel mit einheimischen landwirtschaftlichen Produkten einhalten.

Vom Projekt profitieren auch die Tarabauern in San Marcos. So werden zum Beispiel Schmetterlingsschädlinge heute mit Florfliegenlarven erfolgreich biologisch bekämpft. Baumpflege und organische Düngung zum Beginn der Regenzeit steigern die Erträge zusätzlich. Baumschulen für den einheimischen Tara-Baum sind dank „Perúbiodiverso“ Realität geworden. Die Kleinbauern der beratenen Produzentengemeinschaft konnten ihre Erträge bereits um 50 Prozent steigern. Und die Geschäfte gehen gut: Die Importeure für Tara aus Cajamarca sitzen in China, Argentinien und Europa. Der Markt wächst dynamisch. Im Jahr 2010 konnte der weltweite Alleinexporteur Peru etwa 9.000 Tonnen Tara verarbeiten und



Seil finden als seine selbst gegerbten Lederriemen, um das Joch an den Hörnern der Ochsen festzubinden.

Riemen für das Ochsengepann erobern heute nicht gerade die Märkte. Aber das natürliche Tannin der Tarahülsen findet wachsenden Absatz in modernen Leder-manufakturen. Es ist antiallergen, imprägnierend und biologisch abbaubar. Als Antioxidati-

Die Tarabäume zählen zu den Johannisbrotgewächsen. Sie bilden längliche Schoten, in denen die Samen eingelagert sind.



❶ Isabel Machuca von der Vereinigung der Taraproduzenten hat die eingehende Ware genau im Blick. ❷ Maria Blasina verkauft in ihrem Laden seit drei Jahren Tara. „Unsere Einnahmen waren noch nie so gut wie heute“, sagt sie. ❸ José Estanislao Melendez ist einer der letzten Taragerber in der Region Cajamarca.

für rund 43 Millionen Dollar exportieren, in Form von Tarakernmehl und dem transparenten Gel aus dem Mark der Tarasamen. Das Gel oder „Gummi“ der Samen ist hoch begehrt. Es erzielt derzeit Tonnenpreise von 6.800 Dollar.

Isabel Machuca aus San Marcos weiß das sehr genau. Sie addiert noch immer die tonnenschwere Fracht für Lima säckeweise in den kleinen Taschenrechner. Der Sattelschlepper füllt sich allmählich mannshoch mit Tara. Im Haus schräg gegenüber sitzt Victor Quiroz, der Vertriebschef der Taraproduzentenvereinigung. Er freut sich über jeden Lkw, den er auf die 18-stündige Andenpassage nach Lima schicken kann. Aber ganz zufrieden ist er nicht, denn das Hauptgeschäft mit dem Naturerzeugnis ma-

chen nicht die Produzenten, sondern die Grossisten und Exporteure in der Hauptstadt.

„Es gibt auf der Welt nur drei Firmen, die Tara im industriellen Maßstab verarbeiten, und nur eine Firma, die die Spezialmaschinen dafür herstellt“, erklärt Quiroz. Noch vor wenigen Jahren betrieben die Produzenten von San Marcos ihre eigene Taramühle. Aber der Aufwand rechnete sich nicht. „Heute verkaufen zwar 2.000 Familien ihre Tara an uns, oft aber nur wenige Säcke“, sagt Victor Quiroz. „Doch erst wenn wir selbst pro Jahr 2.000 Tonnen Tara zusammenbringen, würde sich eine eigene Maschine zum Extrahieren des Taragummis lohnen.“ Das Ziel der Produzentenvereinigung ist die Überwindung des Zwischenhandels und

schließlich der direkte Export. Dann würden die Bauernfamilien von Cajamarca noch viel mehr von ihren Tarabäumen profitieren.

Mit Hilfe der technischen Berater des peruanisch-deutschen Programms „Nachhaltige Ländliche Entwicklung“ haben es die Taraproduzenten bereits geschafft, die Rentabilität zu steigern. Jetzt hofft Victor Quiroz auf den nächsten Schritt: den Direktexport. Das wäre eine Sensation für die ganze Region – und ist in zwei bis drei Jahren vielleicht Realität. ■

➤ ANSPRECHPARTNER

Roberto Duarte > roberto.duarte@giz.de



Wolfgang Zimmermann schätzt die Kreativität und den internationalen Austausch am Standort.

BESUCHT

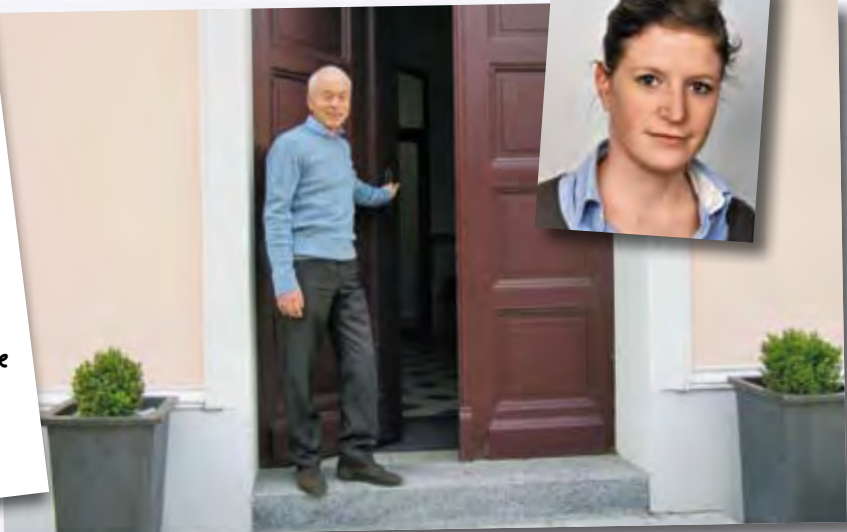
EIN ORT DER VERÄNDERUNG

WENN WOLFGANG ZIMMERMANN die Tür zum Konferenzhaus des Internationalen Bildungszentrums Leipzig-Zschortau öffnet, ist ihm förmlich anzusehen, wie wohl er sich an diesem Ort fühlt. „Zschortau ist für mich ein besonderer Kosmos, der Ruhe für konzentrierte Arbeit und Kreativität bietet“, schwärmt der promovierte Geograf. Das Bildungszentrum besuchen jährlich etwa 450 Fach- und Führungskräfte aus Entwicklungs- und Schwellenländern, um an verschiedensten Bildungsangeboten zum Thema internationale Zusammenarbeit teilzunehmen. Transformation und Integration sind die Stichpunkte, die die Geschichte des Zentrums am meisten prägen: Was in den 1960er Jahren als Agraringenieursschule in der DDR begann, entwickelte sich zu einem internationalen Weiterbildungsinstitut. Leipzig-Zschortau ist heute ein GIZ-Standort, aber immer noch sind die Erfahrungen der deutschen Wiedervereinigung – Wertewandel und Demokratieaufbau – erlebbar. Dass hier auch künftig Veränderungen gelebt werden, ist der große Wunsch Zimmermanns. Dabei soll das Zentrum nicht nur Fachkräften aus Partnerländern der GIZ zur Verfügung stehen, sondern auch ein Ort des Lernens für Mitarbeiter des Unternehmens werden.

Anna Friedemann besuchte Wolfgang Zimmermann in Zschortau.



Die GIZ ist in Deutschland an 18 Standorten vertreten. Einer davon ist das sächsische Zschortau. Das dortige Bildungszentrum gilt als Symbol für die gesamtdeutsche internationale Zusammenarbeit.



Wolfgang Zimmermann vom Internationalen Bildungszentrum lädt ein zum Besuch des Konferenzhauses, das früher ein Herrensitz war.

FÜNF MAL EINS

WOFÜR SETZEN SIE SICH EIN?

Politische Teilhabe beginnt mit dem eigenen Einsatz im Alltag. Fünf GIZ-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter berichten, wofür sie sich jeden Tag engagieren.

1

PETER BOLSTER
leitet das Vorhaben
Erneuerbare Energien
in Kambodscha.



Für den interkulturellen Austausch

Wann immer ich kann, fördere ich den künstlerischen Austausch zwischen den Kulturen. Wo Sprache nicht ausreicht oder Politik, Religion und gesellschaftliche Normen eher trennen, können Bilder, Plastiken und Klänge Menschen verbinden.

KATRIN SCHÄFER
ist Fachplanerin für
Politische Teilhabe und
leistete inhaltliche
Beratung beim akzentuiert-Schwerpunkt.



Für Toleranz und ein lebenswertes Umfeld

Ich möchte in einer offenen und toleranten Gesellschaft und in einer Stadt leben, in der das Mobilitätsbedürfnis nicht zulasten von sauberer Luft und weniger Lärm befriedigt wird. Dafür habe ich mich in den vergangenen Jahren in der Kommunalpolitik engagiert. Leider schaffe ich es derzeit kaum noch, mich vor Ort aktiv einzubringen.

2

3

**PÉTER SZUSZÁN-
SPANGENBERG**
ist seit Anfang 2012
Verwaltungsdirektor
des GIZ-Landesbüros
Afghanistan.



Für den gemeinen Nutzen

Ich unterstütze gemeinnützige Organisationen, die mir wichtige gesellschaftliche Themen angehen. Vor einiger Zeit habe ich noch Asylbewerber mitbetreut, die hier in Deutschland eine neue Heimat gefunden haben. In jüngster Zeit beschäftigt mich die Finanzkrise und ich habe an einigen Veranstaltungen in Frankfurt teilgenommen.

OLGA KÜHNBACH
ist Personalreferentin
in der GIZ-Führungs-
kräfteentwicklung des
Personal- und Sozial-
bereichs.



Für meinen Stadtteil

Mir ist ein soziales Miteinander wichtig. Deswegen nehme ich aktiv an Treffen zu lokalpolitischen Entscheidungen teil, packe auch mal bei Verschönerungsaktionen mit an und kaufe statt bei Kaufhäusern und Ketten gezielt bei kleineren, alteingesessenen Einzelhändlern ein.

4

5

**CLAUDIA
FREUDIGMANN**
ist Seniorfachplanerin
in der Abteilung Good
Governance und Men-
schenrechte.



Für die Zukunft meiner Kinder

Teilhabe an Entscheidungsprozessen fängt im Kleinen an. Ich versuche meine Kinder zu mündigen und engagierten Mitbürgern zu erziehen, die Mut haben, ihre Meinung zu äußern. Gute Erziehung ist auch ein Stück politische Bildungsarbeit und gar nicht so weit weg von unserer Beratung für Jugendliche in den Partnerländern.

WIRTSCHAFTS-KNOW-HOW FÜR ENTWICKLUNGSPROJEKTE

Die sequa gGmbH entstand aus einer Initiative der deutschen Wirtschaft. Im Mittelpunkt des gemeinnützigen Unternehmens steht die nachhaltige globale Entwicklung. Darum ist die GIZ seit fast zwei Jahren an der sequa beteiligt.

Text Gabriele Rzepka

GIZ

ZDH

SEQUA

BDA

BDI

DIHK

Vor 20 Jahren entstand in den Köpfen von Hanns-Eberhard Schleyer und Franz Schoser die Vision, staatliche Entwicklungszusammenarbeit und verfasste Wirtschaft, also Kammern und Verbände, miteinander zu verbinden. Schleyer war zu der Zeit Generalsekretär des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH) und Schoser Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK). Sie gründeten ein gemeinnütziges Unternehmen, das eine Scharnierfunktion zwischen Entwicklungszusammenarbeit und Wirtschaft wahrnehmen sollte – die sequa gGmbH. Seit dem 1. Januar 2010 ist die GIZ zu 49 Prozent an sequa* beteiligt. Damit ist die ursprüngliche Vision der beiden Gründer auch in der Gesellschafterstruktur wahr geworden.

Kompetenz in vier Geschäftsfeldern

Neben den Gründungsorganisationen und der GIZ sitzen der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) mit im Boot. Damit repräsentiert sequa rund 4,6 Millionen deutsche Unternehmen, 133 Kammern, eine Vielzahl von Verbänden und über 800 überbetriebliche Bildungseinrichtungen. Idee der Gründer war es, mit Hilfe deutscher Partner aus diesem Netzwerk die Selbstverwaltungseinrichtungen der Privatwirtschaft in Entwicklungs- und Schwellenländern zu fördern, dort Fach- und Führungskräfte auszubilden und zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen möglichst vieler Menschen beizutragen. Die sequa bündelt das dafür notwendige Know-how aus ihrem Netzwerk und setzt Projekte in den folgenden vier Geschäftsfeldern um.

Kammer- und Verbandsarbeit

Im Lauf der Jahre hat sich sequa mit der Organisationsentwicklung und der Steigerung der Leistungsfähigkeit von Kammern und Verbänden

* Stiftung für wirtschaftliche Entwicklung und berufliche Qualifizierung

den weltweit einen guten Ruf im Markt der internationalen Zusammenarbeit erarbeitet. Für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) managt das Unternehmen dessen Kammer- und Verbandspartnerschaftsprogramm.

„Wir nutzen unser gebündeltes Know-how und passen unsere Projekte genau an die Bedürfnisse unserer Partner vor Ort an“, so

Geschäftsführer Gebhard Weiss. Die Initiative für neue Projekte geht aber von deutschen Kammern und Verbänden direkt aus, die sich in Partnerländern des BMZ engagieren möchten. So hat etwa die Handelskammer zu Köln Kontakt mit einer Kammerorganisation in Burkina Faso, die dringend bessere Organisationsstrukturen aufbauen will. „Wir schreiben auf Basis der Projektidee der Kölner Kam- »

KASACHSTAN

EINE CHANCE FÜR DEN MITTELSTAND

Kasachstans aufstrebende Klein- und Mittelbetriebe brauchen unternehmerisches Know-how, aber auch politische Unterstützung. Für beides engagieren sich GIZ und sequa.

Der wirtschaftliche Aufschwung Kasachstans stützt sich auf die expandierende Ölindustrie und Rohstoffreichtum. In den letzten 15 Jahren entstanden jedoch auch zahlreiche kleine und mittlere Unternehmen. Der Wettbewerb nimmt für diese Betriebe stetig zu, die Anforderungen an Organisation und Vermarktung ihrer Produkte ebenfalls. Doch wirtschaftspolitische und institutionelle Rahmenbedingungen des Landes bremsen bislang die Entwicklung dieser Unternehmen.

Als Teil des Projekts „Modellhafter Aufbau von Wirtschaftsförderstrukturen“ verbesserte sequa gemeinsam mit der GIZ die Bedingungen für den Mittelstand in vier Pilotregionen. Durch das Projekt organisierten die Unternehmen beispielsweise erste Interessenvertretungen. Kammern und Verbände konnten geeignete Strukturen für ihre Arbeit aufbauen. Mit Hilfe deutscher Wirtschaftsexperten entwickelten sie passende Dienstleistungen für kleine und mittlere Unternehmen in Kasachstan. Dazu gehört unter anderem die Unterstützung bei Existenzgründungen oder bei der Außenwirtschaftsförderung. Über Studienreisen lernten die kasachi-



Kleinunternehmer haben lange wenig vom wirtschaftlichen Aufschwung Kasachstans profitiert.

schen Unternehmer Instrumente regionaler Wirtschaftsförderung in Deutschland kennen und erfahren, wie der Dialog zwischen Staat und Wirtschaft gestaltet ist. Darüber hinaus förderte sequa den politischen Austausch und die Zusammenarbeit von Verbänden und Unternehmern sowie Politikern in Kasachstan: An „runden Tischen“ erarbeiteten die Teilnehmer Vorschläge für eine bessere Mittelstandspolitik. Der Erfolg dieser Initiativen kann sich sehen lassen: Lokale Kammern, Verbände und Consultingfirmen bieten ihre Dienstleistungen kleinen und mittleren Betrieben heute selbstständig an.

mer einen Antrag auf Unterstützung durch das BMZ, legen ihn dort vor und fungieren nach Bewilligung als Ansprechpartner für die Kammer in Köln und das BMZ“, erläutert Weiss die Aufgaben von sequa in dieser Sache.

Entwicklung der Privatwirtschaft

Eine dynamische, funktionierende Privatwirtschaft ist die Grundlage für Wirtschaftswachstum und nachhaltige Entwicklung. Sowohl die GIZ als auch sequa setzen sich dafür ein. Und ihre Aktivitäten ergänzen sich gut, wie Weiss darlegt: „In unseren Projekten helfen wir Verbänden und Kammern in unseren Partnerländern, die Interessen ihrer Mitglieder auf regionaler, Landes- und kommunaler Ebene aktiv zu vertreten, damit sich die Wirtschaft entfalten kann.“ Darüber hinaus setzt sequa ebenso wie die GIZ und die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) auch Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft im Rahmen des Programms develoPPP.de des BMZ um.

Berufliche Bildung

Handwerks-, Industrie- und Handelskammern entstanden in Deutschland über Jahrhunderte aus Zünften und Kaufmannschaften. Sie haben die berufliche Bildung, wie wir sie in Deutschland kennen, entscheidend geprägt. Es entstand ein Berufsbildungsmodell, in das Staat, Unternehmen, Gewerkschaften und Kammern gleichermaßen eingebunden sind. Über sequa wird dieses Know-how exportiert. Fach- und Führungskräfte der Kammern oder ihrer Mitgliedsunternehmen und Bildungszentren entwickeln Lehrpläne, beraten Bildungseinrichtungen, bieten Weiterbildungen für Berufsschullehrer, Auszubildende und Ausbilder im Ausland an.

Sozialer Dialog

Mit der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände an Bord begleitet sequa auch betriebliche und überbetriebliche Verhandlungsprozesse zwischen den Sozialpartnern in Entwicklungs- und Schwellenländern. sequa-Fachleute

KIRGISISTAN

AUSBILDUNG MIT ZUKUNFT

Eine geregelte Ausbildung ist der beste Start in eine erfolgreiche berufliche Zukunft. Deshalb unterstützen sequa und GIZ in Kirgisistan die Einführung eines verbindlichen Ausbildungs- und Prüfungssystems.

Die kirgisische Regierung hat das Ziel, besonders jungen Menschen berufliche Chancen zu eröffnen und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Damit Jugendliche eine berufliche Zukunft haben, müssen ihre Ausbildungsabschlüsse von staatlichen Berufsbildungseinrichtungen, der Wirtschaft und der Gesellschaft anerkannt sein.

Seit Juni 2011 berät daher die sequa im Auftrag der GIZ die lokalen Partner wie das Ministerium für Arbeit mit der Agentur für Berufsbildung, die Industrie- und Handelskammer sowie berufsbildende Einrichtungen bei der Einführung eines Zertifizierungsmodells in der beruflichen Bildung. Um die Berufsausbildung auf eine verbindliche Basis zu stellen, müssen auch Leitfäden für Prüfer und Auszubildende erarbeitet werden sowie eine Prüfungsordnung für die berufliche Erstausbildung. Damit die Arbeitgeber die Abschlüsse akzeptieren, wird die lokale Wirtschaft direkt in diesen Prozess einbezogen und künftig auch an den Prüfungen der Auszubildenden teilnehmen. Die Experten der sequa gestalten die Regularien für die Facharbeiterprüfungen zudem so, dass sie für die Arbeitgeber verständlich und transparent sind.

Mit all diesen Maßnahmen unterstützt sie



Die Qualität der Ausbildung hat großen Einfluss auf die Berufschancen der Auszubildenden.

das staatliche Gremium zur „Akkreditierung und Zertifizierung der beruflichen Bildung“, das die GIZ in einem Programm zur Berufsbildung und Beschäftigungsförderung aufgebaut hat. Es besteht aus Vertretern von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft und hat die Aufgabe, die Qualität im Management beruflicher Schulen und des zugehörigen Prüfungswesens zu sichern. In Anlehnung an europäische Modelle entwickeln die GIZ und ihre Partner hierzu standardisierte Verfahren und Methoden. Die sequa ergänzt die Aspekte Zertifizierungsverfahren und Prüfungsordnung. Mit den anerkannten beruflichen Abschlüssen steigt die Chance der Absolventen, schnell eine Beschäftigung zu finden, die ihren Ansprüchen und Qualifikationen entspricht.

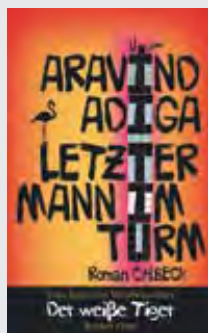
fungieren als Moderatoren in den Diskussionen um Tarifautonomie, Mitwirkungsrechte von Arbeitnehmern oder Arbeitssicherheitsvorschriften. Ihre Expertise bietet sequa auch internationalen Auftraggebern als Dienstleistung an. Das damit verdiente Geld kommt laut Weiss dem eigent-

lichen Kerngeschäft zugute: „Wir machen keinen Profit. Mit den Einnahmen finanzieren wir anteilig solche Projekte, die internationale Geber nur zu einem bestimmten Prozentsatz fördern.“ ■

www.sequa.de

LITERATURTIPPS

LITERATUR AUS ALLER WELT



EIN BAULÖWE bietet viel Geld, um die Bewohner der Vishram Society aus ihrem Wohnturm zu vertreiben. Nur Masterji, ein alter Lehrer, wehrt sich – vergeblich. Gewitzt, bitterböse, ungeheuer mitreißend und in filmreifen

Bildern beschreibt der Booker-Preisträger die kriminellen Machenschaften im Wirtschaftswunderland Indien und die Schattenseiten der glitzernden Metropole Mumbai.

Cornelia Zetzsche, Literaturredakteurin beim Bayerischen Rundfunk

Aravind Adiga, Letzter Mann im Turm. Aus dem Englischen von Susann Urban und Ilija Trojanow. C.H. Beck Verlag. ISBN 978-3406621567



JOSÉ MARÍA ARGUEDAS gelingt etwas geradezu Einzigartiges: Anhand der Initiationsgeschichte des Jungen Ernesto beschwört er die indianischen und hybriden Kulturwelten Perus herauf, ohne ihnen ihre oszillierende Fremdheit

zu nehmen. Ein tiefbewegendes, fast vergessenes Meisterwerk, das von der tiefen Zuneigung des Autors zur Quechua-Kultur und der Natur seiner Heimat zeugt.

Ilija Trojanow, Schriftsteller, Übersetzer und Verleger

José María Arguedas, Die tiefen Flüsse. Aus dem peruanischen Spanisch von Suzanne Heintz. Verlag Klaus Wagenbach. ISBN 978-3803126702



IN KAPSTADT treffen sie alle aufeinander, die konkurrierenden Geheimdienste und verfeindeten Terrorgruppen, die alten Eliten und neuen Krisengewinnler, das organisierte und das ganz private Verbrechen. Der Südafrikaner Deon

Meyer schreibt Kriminalromane, die in ihrer kompositorischen Raffinesse auch Leser begeistern, die sonst keine Krimis mögen. „Rote Spur“ ist sein Meisterwerk.

Karl-Markus Gauß, Schriftsteller

Deon Meyer, Rote Spur. Aus dem Afrikaans von Stefanie Schäfer. Verlag Rütten & Loening. ISBN 978-3352008108

👉 www.litprom.de litprom – Gesellschaft zur Förderung der Literatur aus Afrika, Asien und Lateinamerika hat die Rezensionen für akzente bereitgestellt. Sie sind der Bestenliste „Weltempfänger“ von litprom entnommen.

GIZ-PUBLIKATIONEN

Diese aktuellen Publikationen können Sie per E-Mail an i-punkt@giz.de bestellen.



Wirtschaft stärken – Armut reduzieren. Erfahrungen mit dem Wertschöpfungsketten-Ansatz im Entwicklungsdienst der GIZ. Erhältlich in Deutsch.



Productive Use of Energy – PRODUCE. A Manual for Electrification Practitioners. Erhältlich in Englisch.



Cooperation with the Private Sector – Promotion Programmes. International Survey. Erhältlich in Englisch.



Sino-German Project on Sustainable Management of Agrobiodiversity. Best Practices. Erhältlich in Englisch.



IT Sector Promotion in Developing and Emerging Countries. Manual. Erhältlich in Englisch.

AUF AUGENHÖHE

50 Jahre BMZ

JUBILÄUM Am 14. November 1961 wurde Walter Scheel zum ersten Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland ernannt. Seitdem hat sich die deutsche Entwicklungspolitik erheblich verändert – und ist zugleich vielen Ideen der frühen Jahre treu geblieben. Dazu gehört die Partnerschaft mit Entwicklungsländern auf Augenhöhe, die von einem politischen und gesellschaftlichen Konsens getragen wird. Im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ist man überzeugt: Entwicklung ist die beste Investition in eine freiere, gerechtere und friedlichere Welt.

Das Buch „Auf Augenhöhe“ bilanziert die deutsche Entwicklungspolitik der vergangenen 50 Jahre. Analysiert werden die Kontinuitäten und Veränderungen in Arbeit und Umfeld des BMZ. Zahlreiche Interviews mit Zeitzeugen, Hintergrundartikel und Projektbeispiele ergänzen die Darstellung.



Auf Augenhöhe, 50 Jahre Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 1961-2011. Herausgegeben vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Von Sebastian Harnisch, Siegmund Schmidt. Redaktion: Dr. Rolf Steltemeier. 2012, 206 S., gebunden, ISBN 978-3-8329-7244-8, 39,00 Euro



TRANSFORMATION GESTALTEN

DIE ESCHBORNER FACHTAGE 2012 der GIZ stellen Städte als globale Akteure in den Blickpunkt. Die weltweite Urbanisierung bringt viele Herausforderungen mit sich – etwa Klimaschutz und Ressourcenverbrauch, Migration und den Ausgleich zwischen Arm und Reich. In Städten konzentrieren sich zugleich die Lösungsansätze für globale Fragen: Wie gelingt die Transformation zu mehr Nachhaltigkeit?

Städte erzielen weltweit 80 Prozent der Wirtschaftsleistung, stoßen aber zugleich 75 Prozent der CO₂-Emissionen aus. Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung lebt in Städten – mit deutlich steigender Tendenz. Hier werden die Weichen für globale Veränderungen gestellt. Städte treten zudem als Akteure auf nationaler und internationaler Ebene auf und treiben Ver-

änderungsprozesse voran. Dabei greifen wirtschaftliche, politische, soziale und ökologische Entwicklungen ineinander.

Wie kann die internationale Zusammenarbeit solch vielschichtige Prozesse unterstützen? Wie kann sie stärker als bisher integrierte Lösungen anbieten, um mehr Nachhaltigkeit zu bewirken? Rund 400 Experten aus Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und der GIZ werden in Eschborn erwartet, um das Thema „Transformation gestalten – Die Stadt als globaler Akteur“ aus der Perspektive der internationalen Zusammenarbeit zu beleuchten.

Die Eschborner Fachtage finden am 5. und 6. Juni 2012 statt.

www.giz.de/eschborner-fachtage

VORSCHAU

akzente-Ausgabe 02/2012

TRANSFORMATION GESTALTEN Die akzente-Ausgabe 02/2012 erscheint mit einem Schwerpunktbeitrag zum Thema der Eschborner Fachtage 2012 „Transformation gestalten“.

Außerdem geben Ihnen vier Reportagen Einblick in Projekte in Partnerländern der GIZ. In der Rubrik „erklärt“ erläutern wir die Aufgaben unserer „Regionalen Zentren“ in Deutschland.



FOTO: DIRK OSTERMEIER

AUTOREN UND FOTOGRAFEN DIESER AUSGABE



Friederike Bauer schreibt als freie Autorin über internationale Politik und Zusammenarbeit. Für akzente verfasste sie den Beitrag über politische Teilhabe.



Anna Friedemann ist Mitarbeiterin der GIZ-Unternehmenskommunikation. Sie besuchte das Internationale Bildungszentrum der GIZ in Zschortau.



Peter Korneffel ist Lateinamerika-Reporter und Alexander-von-Humboldt-Experte. In Peru „entdeckte“ er die Tarapflanze. www.korneffel.de



Bernd Kubisch arbeitet unter anderem für die dpa in Berlin und berichtete für die GIZ über das EU-Drogenaktionsprogramm für Zentralasien.



Michael Netzhammer hat sich als freier Journalist auf Entwicklungsthemen spezialisiert. In dieser Ausgabe berichtet er über Milchziegen in Kenia.



Rolf Obertreis ist Wirtschaftskorrespondent zahlreicher Medien. Für akzente recherchierte er zum Thema nachhaltige Palmölproduktion in Thailand.



Dirk Ostermeier ist freier Fotograf. Für diese Ausgabe hat er kenianische Milchziegen – und deren Besitzer – im Bild festgehalten.



Gabriele Rzepka ist freie Journalistin mit den Schwerpunkten Entwicklungspolitik und Technik. In akzente erklärte sie das Geschäftsmodell von sequa.

IMPRESSUM

AKZENTE

Herausgeber: Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, Sitz der Gesellschaft: Bonn und Eschborn
• Friedrich-Ebert-Allee 40, 53113 Bonn, Tel.: +49 228 44 60-0, Fax: +49 228 44 60-17 66
• Dag-Hammarskjöld-Weg 1-5, 65760 Eschborn, Tel.: +49 61 96 79-0, Fax: +49 61 96 79-11 15
Dorothee Hutter, Unternehmenskommunikation
E-Mail: akzente@giz.de
Internet: www.giz.de/akzente
Verantwortlich: Daniele Lovens, Leitung Corporate Image (GIZ)

Inhaltliche Konzeption und Redaktion:

Wolfgang Barina (verantwortlich), Daniele Lovens, Sofia Shabafrouz, Dr. Felix Sommer (GIZ); Karsten Fiehe, Dagmar Puh (muehlhausmoers kommunikation)

Fachliche Beratung für den Schwerpunktartikel: Katrin Schäfer (GIZ)

Gestalterische Konzeption: Sumi Teufel (GIZ)

Lektorat: textschrittmacher, Lübeck

Art Direktion: Sabine Schiemann (muehlhausmoers kommunikation)

Produktion: muehlhausmoers kommunikation, Köln

Lithografie: purpur, Köln

Druck: Heinrich Fischer Rheinische Druckerei GmbH, Worms

Papier: Arctic Volume, nach FSC-Standard zertifiziert

Kartenmaterial: GIZ/Ira Olaleye

Die kartografische Darstellung dient nur dem informativen Zweck und beinhaltet keine völkerrechtliche Anerkennung von Grenzen und Gebieten. Die GIZ übernimmt keinerlei Gewähr für die Aktualität, Korrektheit oder Vollständigkeit des bereitgestellten Kartenmaterials. Jegliche Haftung für Schäden, die direkt oder indirekt aus der Benutzung entstehen, wird ausgeschlossen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.

Alle nicht gekennzeichneten Bilder: GIZ

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Erscheinungsdatum der vorliegenden Ausgabe:

März 2012

ISSN: 0945-4497

akzente wurde 2011 mit einem Mercury Award in Gold und einem Fox Award in Gold sowie 2010 mit einem Best of Corporate Publishing Award in Silber ausgezeichnet.





Schon im Morgengrauen standen Wählerinnen und Wähler bei den Parlamentswahlen 2009 in Südafrika Schlange, um ihre Stimme abzugeben. Wahlen sind in demokratischen Systemen die wichtigste Form der Bürgerbeteiligung an politischen Prozessen – aber bei weitem nicht die einzige. Durch Referenden, Engagement in der Kommunalpolitik, die Teilnahme an Demonstrationen und Aktionen können Menschen Einfluss auf die Politik nehmen.